



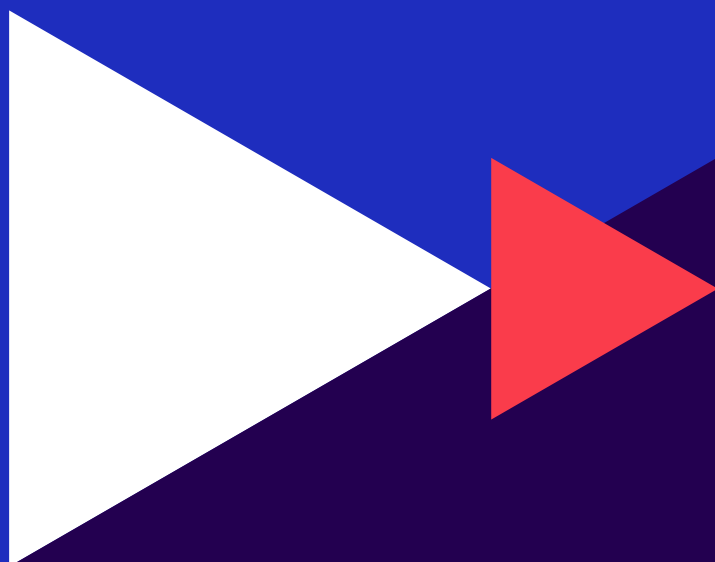
Internationale
Arbeitsorganisation

► ILC.113/DG/APP

► Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete

Bericht des Generaldirektors
Beilage

Internationale Arbeitskonferenz
113. Tagung, 2025



► **Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete**

Bericht des Generaldirektors – Beilage



Diese Publikation ist unter Creative Commons Attribution 4.0 International lizenziert. Siehe: creativecommons.org/licenses/by/4.0. Der Nutzer darf die Publikation wie in der Lizenz beschrieben wiederverwenden, weitergeben (kopieren und weiterverteilen) und bearbeiten (neu zusammenstellen, umwandeln und auf der Originalpublikation aufbauen). Der Nutzer muss die IAO eindeutig als Quelle des Materials nennen und angeben, ob Änderungen am ursprünglichen Inhalt vorgenommen wurden. Die Verwendung des Emblems, des Namens und des Logos der IAO ist im Zusammenhang mit Übersetzungen, Adaptationen und sonstigen abgeleiteten Arbeiten nicht gestattet.

Quellenangabe – Der Nutzer muss angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden, und die Publikation wie folgt zitieren: *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete (Bericht des Generaldirektors – Beilage)*, Genf: Internationales Arbeitsamt, 2025. © IAO.

Übersetzungen – Sofern eine Übersetzung dieser Publikation erstellt wird, muss neben der Quellenangabe folgender Haftungsausschluss hinzugefügt werden: *Dies ist eine Übersetzung einer urheberrechtlich geschützten Publikation der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Diese Übersetzung wurde nicht von der IAO erstellt, überprüft oder gebilligt und ist nicht als offizielle IAO-Übersetzung zu betrachten. Die IAO lehnt jegliche Verantwortung für den Inhalt und die Richtigkeit ab. Die Verantwortung liegt ausschließlich bei dem Autor bzw. den Autoren der Übersetzung.*

Bearbeitungen – Sofern eine Bearbeitung dieser Publikation erstellt wird, muss neben der Quellenangabe folgender Haftungsausschluss hinzugefügt werden: *Dies ist eine Bearbeitung einer urheberrechtlich geschützten Publikation der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Diese wurde nicht von der IAO erstellt, überprüft oder gebilligt und ist nicht als offizielle IAO-Bearbeitung zu betrachten. Die IAO lehnt jegliche Verantwortung für den Inhalt und die Richtigkeit ab. Die Verantwortung liegt ausschließlich bei dem Autor bzw. den Autoren der Bearbeitung.*

Material von Dritten – Diese Creative-Commons-Lizenz gilt nicht für in dieser Publikation enthaltenes Material, das nicht unter das Urheberrecht der IAO fällt. Sofern solches Material einem Dritten zugeschrieben wird, liegt es in der alleinigen Verantwortung des Nutzers dieses Materials, die erforderlichen Genehmigungen des Rechteinhabers einzuholen und in Bezug auf etwaige Ansprüche wegen Rechtsverletzung zu haften.

Jegliche Streitigkeiten, die sich aus dieser Lizenz ergeben und nicht gütlich beigelegt werden können, werden einem Schiedsverfahren gemäß der Schiedsgerichtsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) unterworfen. Ein nach einem solchen Verfahren ergangener Schiedsspruch bindet die Parteien als endgültige Beilegung der Streitigkeit.

Alle Anfragen zu Rechten und Lizenzen sind zu richten an: rights@ilo.org. Näheres zu Veröffentlichungen und digitalen Produkten der IAO siehe: www.ilo.org/publns.

ISBN 978-92-2-041573-3 (Print), ISBN 978-92-2-041574-0 (Web PDF)
ISSN 0251-4095

Auch verfügbar in:

Arabisch:	ISBN 978-92-2-041569-6 (Print), ISBN 978-92-2-041570-2 (Web PDF);
Chinesisch:	ISBN 978-92-2-041571-9 (Print), ISBN 978-92-2-041572-6 (Web PDF);
Englisch:	ISBN 978-92-2-041563-4 (Print), ISBN 978-92-2-041564-1 (Web PDF);
Französisch:	ISBN 978-92-2-041565-8 (Print), ISBN 978-92-2-041566-5 (Web PDF);
Russisch:	ISBN 978-92-2-041575-7 (Print), ISBN 978-92-2-041576-4 (Web PDF);
Spanisch:	ISBN 978-92-2-041567-2 (Print), ISBN 978-92-2-041568-9 (Web PDF).

Mit den in Veröffentlichungen und Datenbanken der IAO verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie der Anordnung und Darstellung des Inhalts ist keinerlei Meinungsäußerung der IAO in Bezug auf den rechtlichen Status von Ländern, Bereichen oder Gebieten oder in Bezug auf deren jeweilige Behörden oder den Verlauf ihrer jeweiligen Grenzen oder Begrenzungen verbunden. Siehe: www.ilo.org/disclaimer.

Die in dieser Veröffentlichung zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Ansichten sind die des Autors bzw. der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Meinungen, Ansichten oder Grundsätze der IAO wider.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass die IAO sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

► Vorwort

Ich lege meinen Bericht über die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete in einer besonders schwierigen Zeit vor, die infolge der von der Hamas geführten Angriffe auf Israel und der Entführung von Geiseln im Oktober 2023 sowie des anschließenden verheerenden Krieges in Gaza von stark traumatischen Erfahrungen für Palästinenser wie Israelis geprägt ist.

Gaza liegt in Trümmern, und Arbeitsplätze wurden vernichtet. Tausende Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind ums Leben gekommen. Das Ausmaß der Not ist beispiellos.

Zudem haben das Chaos und die Gewalt das Westjordanland erreicht, und auch dort wurden Arbeitnehmer vertrieben. Insgesamt ist die palästinensische Arbeitswelt, wie mein Bericht zeigt, in einem desolaten Zustand. Zahlreiche Arbeitsplätze gingen verloren, und die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Höchststand. Viele Arbeitnehmer haben die Hoffnung auf eine Beschäftigung aufgegeben. Menschenwürdige Arbeit ist inzwischen kaum noch zu finden. Allerdings gibt es auch klare und ermutigende Anzeichen für Widerstandsfähigkeit, die vom kollektiven Willen der Palästinenser zum Wiederaufbau Gazas und zur Erschließung des Westjordanlands getragen wird.

Wie in den Vorjahren beruht mein Bericht auf dem 1980 von der Internationalen Arbeitskonferenz erteilten Mandat. Er enthält die Ergebnisse einer jährlichen Mission, die ich in die Region der arabischen Staaten entsandt habe. Leider war es der Mission nicht gestattet, nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete einzureisen. Sie hielt Begegnungen mit einem breiten Kreis arabischer wie israelischer Interessenträger und mit Vertretern der Vereinten Nationen und anderer internationaler und nicht-staatlicher Organisationen ab. Ich bin allen Gesprächspartnern dankbar für ihre Mitarbeit und die von ihnen bereitgestellten Informationen und Dokumente. Die Mission führte ihre Arbeit völlig unparteilich und mit faktengestützter Genauigkeit durch, wobei sie sich von den Zielen und dem Mandat der IAO leiten ließ.

Wie bisher befasst sich mein Jahresbericht mit den wichtigsten Entwicklungen in Bezug auf Arbeitsmarkt, Arbeitnehmerrechte und Arbeitsmarktsteuerung sowie mit dem allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Kontext, in den sie eingebettet sind. Angesichts der dringenden Notwendigkeit, die Beschäftigung und das Wohlergehen der Arbeitnehmer wiederherzustellen, schlage ich zudem eine Agenda für Arbeitsplätze für Palästina vor. Menschenwürdige Arbeitsplätze sind für die Erholung unerlässlich. Sie sichern den Lebensunterhalt und die Menschenwürde. Die Palästinenser verdienen es, dass Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der Wiederaufbauplanung gestellt werden. Die Arbeitnehmer müssen gestärkt und ihre Rechte geschützt werden.

Ohne eine politische Lösung des Konflikts kann es jedoch keinen Frieden geben, und die Arbeitnehmer können sich nicht entfalten. Der einzige nachhaltige Weg nach vorn ist eine auf dem Verhandlungsweg herbeigeführte Zweistaatenlösung, bei der Israelis und Palästinenser Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, wie es in mehreren Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung gefordert wurde. Ein dauerhafter Frieden muss auf sozialer Gerechtigkeit aufbauen. Die Weltgemeinschaft hat eine kollektive Verantwortung, Palästina zu unterstützen, um es vom Abgrund zurückzuholen.

► Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	3
Einleitung.....	7
Kapitel 1. Arbeitnehmer im eisernen Griff von Krieg und Besatzung	9
Kapitel 2. Wirtschaftliche und arbeitsmarktbezogene Entwicklungen vor dem Hintergrund anhaltender Kriegshandlungen	15
Kapitel 3. Rechte palästinensischer Arbeitnehmer unter der Besatzung	25
Kapitel 4. Arbeitsmarktsteuerung zugunsten von Resilienz und Erholung.....	31
Kapitel 5. Arbeitnehmer des besetzten syrischen Golan	37
Kapitel 6. Auf dem Weg zu einer Agenda für Arbeitsplätze in Palästina	39
Anhang: Verzeichnis der Gesprächspartner	43

► Einleitung

1. In diesem Bericht des Generaldirektors werden die Ergebnisse der jährlichen IAO-Mission vorgestellt, die beauftragt wurde, die Situation der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete zu bewerten. Wie in vorangegangenen Jahren erfolgte die Mission im Einklang mit der von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung (1980) angenommenen EntschlieÙung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten hinsichtlich der Lage der arabischen Arbeitnehmer.¹ Dabei ließ sich die Mission von den in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, einschließlich der Erklärung von Philadelphia, und dem Bestand an internationalen Arbeitsnormen dargelegten Grundsätzen und Zielen leiten. Zudem orientierte sie sich an den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UN)² sowie dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen³.
2. Die Mission untersuchte die Lage der Arbeitnehmer des besetzten palästinensischen Gebiets (des Westjordanlands, einschließlich Ost-Jeruselems, und von Gaza) und des besetzten syrischen Golan.
3. Mit der Leitung der Mission betraute der Generaldirektor Frank Hagemann, Direktor der Hauptabteilung Sektorpolitiken. Mitglieder des Missionsteams waren Kee Beom Kim, Spezialist für makroökonomische und beschäftigungspolitische Maßnahmen in der Hauptabteilung Beschäftigungspolitik, Schaffung von Arbeitsplätzen und Lebensgrundlagen, Martin Oelz, Leitender Sachverständiger für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung in der Hauptabteilung Arbeitsbedingungen und Gleichstellung, und Lisa Tortell, Leitende Sachverständige für Rechtsfragen in der Hauptabteilung Internationale Arbeitsnormen. Rasha El Shurafa, Programmverantwortliche im Büro des Vertreters der IAO in Jerusalem, und Dalal Abu Saleh, Assistentin für operative Angelegenheiten im Büro des Vertreters der IAO in Jerusalem, leisteten Hilfe bei der Vorbereitung der Mission und unterstützten deren Arbeiten. Tariq Haq, ehemaliges langjähriges Mitglied der Mission und derzeitiger Leiter des Referats Transport- und Seeschifffahrtssektoren der Hauptabteilung Sektorpolitiken, fungierte als Fachberater.
4. Entgegen der langjährigen Praxis und aufgrund des Umstands, dass die israelischen Behörden keine Visa erteilt hatten, konnte die Mission leider nicht nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete einreisen, was eine Einschätzung der Lage vor Ort verhinderte. Stattdessen führte sie vom 1. bis 13. März 2025 in Jordanien persönliche Gespräche und Videokonferenzen mit palästinensischen und anderen Gesprächspartnern. Dabei tauschte sie sich unter anderem mit Vertretern von verschiedenen Ministerien und Institutionen der Palästinensischen Behörde, palästinensischen Sozialpartnern, israelischen Gewerkschaften, nichtstaatlichen Organisationen (NGO), Forschungsinstitutionen, Geschäftsleuten und Arbeitnehmern aus. Zudem konsultierte sie Vertreter der UN und anderer internationaler Organisationen.

¹ IAO, [Resolution concerning the Implications of Israeli Settlements in Palestine and Other Occupied Arab Territories in Connection with the Situation of Arab Workers](#), Internationale Arbeitskonferenz, 66. Tagung, 1980.

² Darunter die Resolutionen 242 (1967), 338 (1973), 497 (1981), 1397 (2002), 1515 (2003), 1850 (2008), 1860 (2009), 2334 (2016), 2712 (2023), 2720 (2023), sowie 2728 und 2735 (2024) des Sicherheitsrats.

³ Insbesondere das Haager Abkommen von 1907 (betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges) und das Vierte Genfer Abkommen von 1949 (über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten).

5. Darüber hinaus hielt der Missionsleiter am 20. und 21. Februar in Kairo Gespräche mit hochrangigen Vertretern der Liga der Arabischen Staaten und der Arabischen Arbeitsorganisation sowie am 25. Februar 2025 in Damaskus Gespräche mit syrischen Mitgliedsgruppen ab.
6. Wenngleich israelische Regierungsinstitutionen und Arbeitgeberverbände die Gelegenheit für ein Treffen mit den von ihm entsandten Vertretern nicht nutzten, stellte der Generaldirektor mit Zufriedenheit fest, dass die Mission beim Einholen der sachlichen Informationen schriftlicher ebenso wie mündlicher Art, die den Feststellungen in diesem Bericht zugrunde liegen, auf die Mitarbeit verschiedenster arabischer und israelischer Vertreter zählen konnte.
7. Der Bericht ist wie folgt gegliedert: Kapitel 1 befasst sich mit den allgemeinen politischen, sicherheitsrelevanten und wirtschaftlichen Entwicklungen, die sich auf die palästinensische Arbeitswelt auswirken und die Arbeitsmarktergebnisse maßgeblich bestimmen. Kapitel 2 enthält eine Beschreibung der aktuellen Arbeitsmarktlage sowohl in Gaza als auch im Westjordanland und eine Betrachtung wichtiger Indikatoren. In Kapitel 3 wird analysiert, wie die Rechte palästinensischer Arbeitnehmer durch Krieg, Besatzung und Siedlungsbau beeinträchtigt werden. In Kapitel 4 wird genauer auf Initiativen zur Arbeitsmarktsteuerung und zum Wohlergehen der Arbeitnehmer eingegangen, insbesondere was Maßnahmen zur Steigerung der Widerstandsfähigkeit und zur Vorbereitung auf eine rasche Erholung betrifft. Kapitel 5 beleuchtet die Situation der Arbeitnehmer im besetzten syrischen Golan. Der Bericht schließt mit einer vorgeschlagenen Agenda für Arbeitsplätze in Palästina, in der die Prioritäten für die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Schutz der Arbeitnehmer im breiteren Rahmen künftiger Bemühungen um Erholung und Wiederaufbau umrissen werden.

► Kapitel 1. Arbeitnehmer im eisernen Griff von Krieg und Besatzung

8. Die Angriffe der Hamas auf Israel im Oktober 2023 hatten den Tod von fast 1.200 Israelis und ausländischen Staatsangehörigen und die Entführung von etwa 230 Geiseln nach Gaza zur Folge. Als Reaktion darauf entfesselte Israel einen Krieg in Gaza, bei dem es zu massiven Opfern unter den Palästinensern und nahezu flächendeckender Binnenvertreibung kam und die Infrastruktur der Enklave zerstört wurde. Dies löste einen beispiellosen wirtschaftlichen Abschwung im gesamten besetzten palästinensischen Gebiet aus. Nach mehr als fünf Jahrzehnten israelischer Besatzung und der Blockade Gazas während 16 Jahren vor dem Krieg halten die palästinensische Wirtschaft und der Arbeitsmarkt dem Schock nicht länger stand.
9. In Gaza wurden die meisten Unternehmen und Arbeitsstätten zerstört oder geschlossen, und ganze Industriezweige wurden ausgelöscht. Die Wirtschaftstätigkeit ist fast zum Erliegen gekommen. Die gesamte Bevölkerung ist von multidimensionaler Armut betroffen. Im Westjordanland wurde die Besatzung verschärft und der Siedlungsausbau beschleunigt. Die Mobilität der Arbeitnehmer ist stark eingeschränkt. Israelische Militäroperationen in den nördlichen Gebieten haben zu Massenvertreibungen geführt. Die Unsicherheit, der Arbeitsplatzmangel und die Not sind größer als je zuvor in den vergangenen 50 Jahren.
10. Mit Blick auf die Zukunft müssen, sobald die Voraussetzungen für wirtschaftliche Erholung und Wiederaufbau gegeben sind, enorme und vielfältige Bedürfnisse gedeckt werden. Nach Schätzungen der Weltbank, der Europäischen Union und der UN werden in den ersten zehn Jahren 53 Milliarden US-Dollar erforderlich sein, um die physische und soziale Infrastruktur zu sanieren, Dienstleistungen wiederaufzubauen und Arbeitnehmer in Beschäftigung zu bringen.⁴

Gaza im zweiten Kriegsjahr

11. Der militärische Konflikt in Gaza hat der Zivilbevölkerung gewaltige Opfer abverlangt. Die Erwerbsbevölkerung in Gaza wird die Folgen noch Jahrzehnte lang spüren. Bis Ende März 2025 wurden mehr als 50.000 Palästinenser getötet, etwa 11.000 als vermisst gemeldet und mehr als 110.000 verletzt.⁵ Schätzungsweise 59 Israelis und Ausländer wurden in Gaza gefangen gehalten, darunter einige, die für tot erklärt worden waren und deren Leichen zurückgehalten wurden.⁶
12. Dem Hohen Kommissariat der UN für Menschenrechte zufolge wurden die Grundsätze des humanitären Völkerrechts in bislang ungekanntem Ausmaß missachtet.⁷ Die israelischen Beschränkungen für die Einfuhr von Gütern, darunter humanitäre Hilfslieferungen für Menschen in Not, haben eine humanitäre Katastrophe für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen hervorgerufen. Während der von den israelischen Behörden verhängten kompletten Blockade durften keine Güter in das Gebiet gebracht werden. Kriegsbedingt ist der Großteil der Bevölkerung Gazas mitt-

⁴ Weltbank, EU und UN, *Gaza and West Bank Interim Rapid Damage and Needs Assessment*, Februar 2025, 3.

⁵ Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), „Humanitarian Situation Update #275 – Gaza Strip“, 25. März 2025; PCBS, „H.E. Dr. Ola Awad, President of the Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS) presents a brief on the status of the Palestinian people at the end of 2024“, 31. Dezember 2024.

⁶ OCHA, „Humanitarian Situation Update #271 – Gaza Strip“, 11. März 2025.

⁷ OHCHR, „HC Türk on Occupied Palestinian Territory: ‚Any plans for a better future must deal with the past, so accountability is crucial‘“, 26. Februar 2025.

lerweile von Ernährungsunsicherheit betroffen, und Kinder sind an Mangelernährung gestorben.⁸ 2024 waren schätzungsweise 1,9 Millionen Palästinenser, also 90 Prozent der Bevölkerung des Gebiets, Binnenvertriebene, viele von ihnen mehrfach.⁹

13. Der Krieg hat die Wirtschaftstätigkeit im Gazastreifen durch die Zerstörung von privatwirtschaftlichem Produktivvermögen, die Blockade des Marktzugangs und die Beeinträchtigung der Finanzdienstleistungen nahezu vollständig lahmgelegt.¹⁰ Die meisten Arbeitsstätten, darunter Ausbildungseinrichtungen, wurden verwüstet. Tausende von Arbeitnehmern wurden an ihrem Arbeitsplatz getötet, darunter mindestens 280 UN-Bedienstete, 200 Journalisten und mehr als 1.000 Beschäftigte des Gesundheitswesens.¹¹ Mehr als 80 Prozent der gewerblichen Einrichtungen wurden beschädigt und fast alle landwirtschaftlichen Vermögenswerte zerstört. Die Fischerei, einst Lebensgrundlage für viele Haushalte in der Küstenenklave, ist zum Erliegen gekommen. Der Hafen von Gaza wurde mitsamt seinen Fischerbooten und Lagerhäusern in Schutt und Asche gelegt. Die meisten Gesundheits- und Bildungseinrichtungen wurden dem Boden gleichgemacht. Die Verluste im Bildungsbereich sind gewaltig, und die Humankapitalbildung könnte um Jahre zurückgeworfen werden.
14. Ein kurzer, auf dem Verhandlungsweg herbeigeführter Waffenstillstand und die anschließende längere Einstellung der Feindseligkeiten von Mitte Januar bis Anfang März 2025 brachten eine gewisse Entspannung. Zum ersten Mal seit Oktober 2023 konnte wieder humanitäre Hilfe in angemessenem Umfang in die Enklave gelangen. Die Wirtschaftstätigkeit und die Erbringung wichtiger Dienstleistungen konnten wieder aufgenommen werden, wenn auch nur begrenzt. Einige Bäckereien und Märkte wurden wiedereröffnet, und Zehntausende Kinder kehrten zum Präsenzunterricht zurück, oft in provisorischen Lerneinrichtungen. Die seit Oktober 2024 geltende Einfuhrsperre für Handelsgüter und die restriktiven Einfuhrbestimmungen für humanitäre Güter in Form einer „Dual-Use-Liste“¹² stellen jedoch ein starkes Hemmnis für eine nennenswerte Wiederbelebung der privatwirtschaftlichen Tätigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar.

Auswirkungen auf das Westjordanland und stetige Verschärfung der Besatzung

15. Während die Augen der Welt auf Gaza gerichtet sind, wurde die israelische Besatzung des Westjordanlands ausgeweitet und der Siedlungsbau vorangetrieben. Siedlungen auf besetztem Gebiet sind völkerrechtswidrig. Mittlerweile bestehen 365 Siedlungen und Außenposten, die über das gesamte Westjordanland verstreut sind.¹³
16. Schwere Gewalttaten von Siedlern und Zugangsbeschränkungen durch das israelische Militär haben die Geschäftstätigkeit behindert und sich auch auf Arbeitnehmer ausgewirkt. Im Norden des Westjordanlands haben intensive militärische Bodenoperationen und Luftschläge Massenver-

⁸ UNHCR, „UN Experts Declare Famine Has Spread Throughout Gaza Strip“, 9. Juli 2024.

⁹ OCHA, „Humanitarian Situation Update #275 – Gaza Strip“.

¹⁰ UNDP, PFI und FPCCIA, *Impact of Gaza War on Private Sector and Pathways for Recovery*, Oktober 2024, 4.

¹¹ UN, „Statement Attributable to the Spokesperson for the Secretary-General on Gaza“ 19. März 2025; OHCHR, „Any plans for a better future must deal with the past“.

¹² Erklärung im Namen der Außenministerin Deutschlands sowie der Außenminister Frankreichs und des Vereinigten Königreichs (E3), „E3-Außenministererklärung zum humanitären Zugang zu Gaza“, 5. März 2025; Büro des Nahost-Quartetts, „Dual-Use Lists“, ohne Datum.

¹³ Peace Now, „West Bank Population“, abgerufen am 7. April 2025. Bei den sogenannten Außenposten handelt es sich um kleine Trabantsiedlungen, errichtet auf dem Land palästinensischer Privatbesitzer, die von israelischen Siedlern gewaltsam vertrieben wurden. In der Praxis sind sie die Anfänge einer Siedlung.

treibungen ausgelöst. Die Rückkehr von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in ihre Wohn- und Arbeitsstätten ist nach wie vor ungewiss. Mittlerweile kommt es häufig zu Übergriffen des israelischen Militärs auf palästinensische Städte und Gemeinden. Die Unterscheidung zwischen den Gebieten A, B und C verliert in praktischer Hinsicht rasch an Bedeutung.¹⁴ Die Zersplitterung der palästinensischen Bevölkerung und der Agrarregionen im Westjordanland nimmt zu.

17. Insgesamt haben seit Oktober 2023 155.000 Arbeitnehmer aus dem Westjordanland ihren Arbeitsplatz verloren. Dies schließt etwa 140.000 Arbeitsplätze in Israel und den Siedlungen ein, was jährlichen Lohneinbußen von 3 Milliarden US-Dollar entspricht. Die Übergänge entlang der Sperranlagen sind für die meisten palästinensischen Arbeitnehmer aus dem Westjordanland nach wie vor geschlossen. Nur einige Tausend Arbeitnehmer verfügen noch über eine Arbeitsgenehmigung für Israel, wo die Löhne mehr als doppelt so hoch sind wie im Westjordanland. Zudem passieren Tausende palästinensische Arbeitnehmer ohne Papiere die Sperranlagen und riskieren dabei oft ihre Festnahme oder sogar ihr Leben.
18. Im Jahresverlauf 2024 und Anfang 2025 sprachen ranghohe israelische Beamte offen darüber, das Westjordanland formal zu annektieren, entweder vollständig oder teilweise.¹⁵ Mitte März 2025 gab es ähnliche Ankündigungen in Bezug auf Teile von Gaza.¹⁶ In seinem Gutachten vom 19. Juli 2024 zu den rechtlichen Folgen, die sich aus Israels Politik und Praxis im besetzten palästinensischen Gebiet ergeben, kam der Internationale Gerichtshof zu dem Schluss, dass die fortgesetzte Präsenz Israels im besetzten Gebiet unrechtmäßig ist und dass Israel verpflichtet ist, seine unrechtmäßige Präsenz so rasch wie möglich zu beenden, wozu gehört, alle Siedlungsaktivitäten sofort einzustellen, alle Siedler zu evakuieren und vollständige Wiedergutmachung für die entstandenen Schäden zu leisten.¹⁷

Wirtschaft im freien Fall

19. Die wirtschaftlichen Folgen der jüngsten Entwicklungen in Gaza und im Westjordanland sind beispiellos und übertreffen diejenigen früherer Schocks wie der zweiten Intifada im Jahr 2000, früherer Kriege in Gaza und der COVID-19-Pandemie. Insgesamt schrumpfte das palästinensische Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2024 um 27 Prozent auf den 16 Jahre zuvor verzeichneten Stand.¹⁸ In Gaza ging die Produktion um 83 Prozent zurück, während sie im Westjordanland um 17 Prozent sank. Infolgedessen sind die Arbeitslosen- und Armutsquoten stark gestiegen.
20. Auch für 2025 sind die Szenarien düster. Bei weitgehend unveränderten Rahmenbedingungen würde das BIP auf dem Stand von 2024 verharren oder je nach den zugrunde liegenden Annah-

¹⁴ Das Westjordanland ist in drei Bereiche unter unterschiedlichen Zuständigkeiten unterteilt, die im Oslo-II-Abkommen definiert wurden: die Gebiete A, B und C. Das Gebiet A umfasst städtische Zentren und macht 18 Prozent des Westjordanlands aus; es steht unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitskontrolle. Das Gebiet B umfasst Kleinstädte und stadtnahe Gebiete; es steht unter israelischer Sicherheitskontrolle und palästinensischer Zivilkontrolle. Das Gebiet C macht 61 Prozent des Westjordanlands aus und steht unter israelischer Sicherheits- und Zivilkontrolle.

¹⁵ Noa Shpigel, „*Smotrich Says Israel Is 'A Step Away' From Annexing West Bank After Trump's Election Victory*“, *Haaretz*, 12. November 2024.

¹⁶ Emanuel Fabian, „*Defense Minister Katz threatens to annex part of the Gaza Strip unless Hamas releases hostages*“, *Times of Israel*, 21. März 2025.

¹⁷ IGH, *Legal consequences arising from the policies and practices of Israel in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem*, Gutachten, 19. Juli 2024, Abs. 265–272.

¹⁸ Berechnungen des IAA auf der Grundlage von: Palästinensisches Zentralamt für Statistik (PCBS), „*Press Report: Preliminary Estimates of Quarterly National Accounts (Fourth Quarter 2024)*“, März 2025.

men um 0,6 bis 1,8 Prozentpunkte zulegen.¹⁹ Sollten hingegen die militärischen Auseinandersetzungen in Gaza und im Westjordanland zunehmen und die israelischen Behörden zusätzliche Beschränkungen für den Güter- und Personenverkehr verhängen, wäre 2025 mit einem Rückgang des BIP um weitere 5,5 Prozent zu rechnen. Nur eine vollständige und dauerhafte Einstellung der Feindseligkeiten und die Aufhebung der mit der Besatzung verbundenen Beschränkungen können die Konjunktur ankurbeln und eine Erholung der palästinensischen Wirtschaft ermöglichen. In einem solchen Szenario würde das BIP voraussichtlich um 19,6 Prozent wachsen.

Kein finanzieller Spielraum für die Palästinensische Autonomiebehörde

21. Die finanzielle Lage der Palästinensischen Autonomiebehörde ist nach wie vor höchst prekär. Seit Oktober 2023 behält Israel einen größeren Teil der Steuer- und Zolleinnahmen ein als zuvor²⁰, und zwar durchschnittlich 250 Millionen Schekel pro Monat. Darüber hinaus gingen die Steuereinnahmen im Zuge der wirtschaftlichen Depression zurück. Infolgedessen klappt die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben weiter auseinander. Die geberfinanzierte Budgethilfe, mit der der Fehlbetrag in der Vergangenheit gedeckt werden konnte, war bereits seit mehreren Jahren rückläufig.
22. Somit erhielten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nur einen Teil ihres Gehalts, oft mit Verzögerung. Viele haben ihre Arbeitszeit verkürzt, um ihr Einkommen aus öffentlichem Dienst durch eine zweite Beschäftigung aufzubessern. Darüber hinaus ist der finanzielle Spielraum der Palästinensischen Behörde für Beiträge zu Sozialtransfers an betriebsbedingt entlassene Arbeitnehmer des privaten Sektors und andere verletzliche Gruppen deutlich kleiner geworden.

Eine neue regionale Dynamik, aber keine politische Perspektive

23. In den Monaten nach Oktober 2023 griff der Krieg zwischen Israel und der Hamas schrittweise auf die gesamte Region über und sorgte für einen tief greifenden Wandel. Die Feindseligkeiten zwischen der Hisbollah und Israel mündeten 2024 in einen ausgewachsenen Krieg im Libanon, und der besetzte syrische Golan geriet zeitweise zwischen die Fronten. Im Dezember 2024 wurde die syrische Regierung nach 14 Jahren Bürgerkrieg gestürzt. Wie sich dies auf die Perspektiven für den Lebensunterhalt der syrischen Bürger im besetzten syrischen Golan auswirkt, ist nach wie vor ungewiss.
24. Der Krieg in Gaza löste zwar bedeutende regionale Entwicklungen aus, hielt jedoch unvermindert an, und es wurden nur vereinzelte internationale Initiativen zu seiner Beendigung unternommen. Ein neues Kapitel des Friedens wurde noch nicht aufgeschlagen.
25. Die Palästinensische Autonomiebehörde hat ebenso wie führende regionale und internationale Politiker Vorschläge zur Umsiedlung von Palästinensern aus Gaza in Drittländer entschieden abgelehnt. Auf arabischer Seite bildet die Arabische Friedensinitiative von 2002, bei der die Zwei-Staaten-Lösung im Mittelpunkt steht, nach wie vor die Grundlage für die Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts. Im Schlusskommuniqué des außerordentlichen arabischen Gipfels

¹⁹ Wirtschaftsprognosen des PCBS für 2025, verfügbar unter „[H.E. Dr. Awad, President of Palestinian Central Bureau of Statistics \(PCBS\), Presents the following](#)“, 31. Dezember 2024.

²⁰ Zolleinnahmen bzw. Steuern auf palästinensische Importe gemäß der Definition des Pariser Protokolls werden von Israel vereinnahmt und an die Palästinensische Behörde transferiert. Israel hat diese Transfers zeitweise ausgesetzt und/oder Beträge in Höhe der Zahlungen der Palästinensischen Behörde an Haushalte von Palästinensern, die in Israel inhaftiert sind oder bei Angriffen auf Israelis getötet wurden, sowie an Beamte der Palästinensischen Behörde in Gaza abgezogen.

zur Palästina-Frage ²¹, der am 4. März 2025 stattfand, wurde jede Form der Vertreibung von Palästinensern aus ihrem Land im Einklang mit der Erklärung von Bahrain vom Mai 2024 abgelehnt ²², betont, dass Gaza ein integraler Bestandteil des palästinensischen Gebiets ist, und ein von Ägypten angenommener Plan für die rasche Erholung und den Wiederaufbau Gazas angenommen ²³. In dem Plan wird ein Vorschlag für einen über zwei Phasen innerhalb eines Zeitraums von fünf-einhalb Jahren angelegten Wiederaufbau Gazas unterbreitet. Schätzungen zufolge können beim Neu- und Wiederaufbau mehr als 200.000 Arbeitsplätze entstehen. Dem Plan zufolge sollen die Regierungsgeschäfte in den ersten sechs Monaten und bis zur Übernahme durch die Palästinensische Autonomiebehörde von einem aus technischen Sachverständigen bestehenden Verwaltungsausschuss für Gaza geführt werden. Zudem ergeht in dem Plan, der vom UN-Generalsekretär gebilligt wurde, die Forderung nach einer internationalen Friedenssicherungspräsenz unter dem Dach der UN.

Keine Alternative zu einer Zwei-Staaten-Lösung

26. Vor 30 Jahren, im September 1995, wurde im ägyptischen Taba und in Washington das Oslo-II-Abkommen unterzeichnet. Es war als Interimsabkommen gedacht, das bis Mai 1999 zu Vereinbarungen über einen endgültigen Status und einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung führen sollte. In den vergangenen drei Jahrzehnten ging es auf dem Weg zu einer solchen Lösung jedoch kaum voran. In seiner Resolution 2735 vom 10. Juni 2024 bekräftigt der Sicherheitsrat sein „unerschütterliches Bekenntnis zu der Vision der Zwei-Staaten-Lösung, bei der zwei demokratische Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen leben, im Einklang mit dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, und betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, den Gazastreifen und das Westjordanland unter der Palästinensischen Behörde zu vereinigen“. ²⁴ Die Zwei-Staaten-Lösung ist nach wie vor der einzig gangbare Weg zu dauerhaftem Frieden und Wohlstand für palästinensische Arbeitnehmer.

²¹ Ägyptische Regierung, „Arab Summit Adopts Egypt's Plan for Gaza Reconstruction“, 5. März 2025.

²² Bahrain Declaration adopted on 16 May 2024, A/78/896/Rev.1, Anlage 1.

²³ Arabische Staaten, „Early Recovery, Reconstruction, and Development of Gaza“, März 2025.

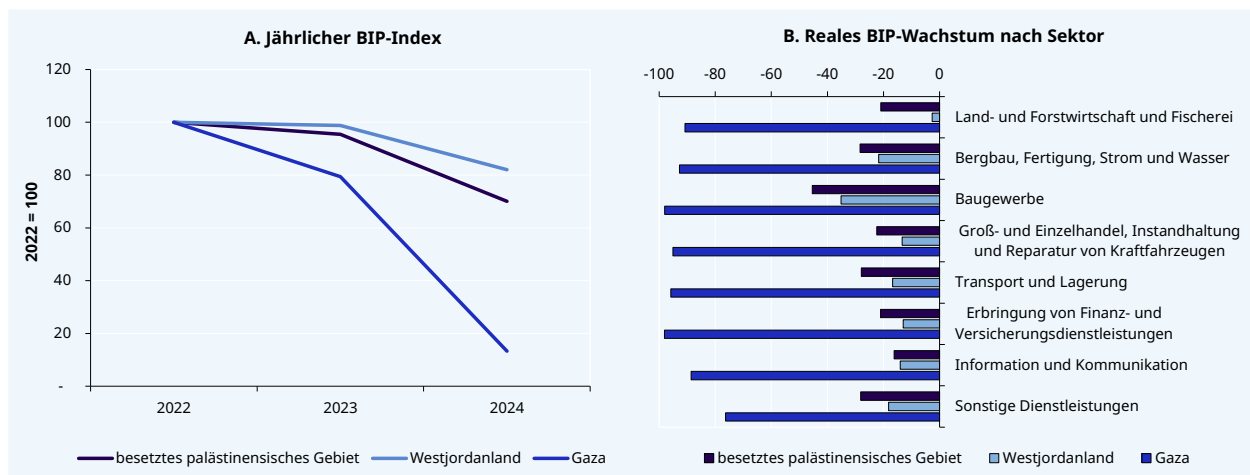
²⁴ UN, Resolution 2735 (2024), verabschiedet auf der 9650. Sitzung des Sicherheitsrats am 10. Juni 2024, S/RES/2735 (2024), Abs. 6.

► Kapitel 2. Wirtschaftliche und arbeitsmarktbezogene Entwicklungen vor dem Hintergrund anhaltender Kriegshandlungen

Wirtschaftliche Entwicklungen

27. Der Krieg in Gaza und seine Auswirkungen auf das Westjordanland stellen nach wie vor eine katastrophale Belastung für die Wirtschaft des besetzten palästinensischen Gebiets dar und verschärfen die jahrzehntelange besatzungsbedingte wirtschaftliche Instabilität, Rückentwicklung und Strukturschwäche. 2024 betrug die Gesamtwirtschaftsleistung 70 Prozent des Stands von 2022, und die Wirtschaftsleistung Gazas ging auf 13 Prozent des 2022 verzeichneten Werts zurück (Abbildung 2.1.A). Infolgedessen beträgt der Anteil Gazas an der palästinensischen Wirtschaft nun nur noch 3 Prozent, während es vor dem Krieg (2022) 17 Prozent und zum Zeitpunkt der Oslo-Abkommen 36 Prozent waren.

► Abbildung 2.1. Jährlicher BIP-Index (zu konstanten Preisen von 2015) und reales BIP-Wachstum nach Sektor, 2024 (Jahresvergleich, in Prozent)

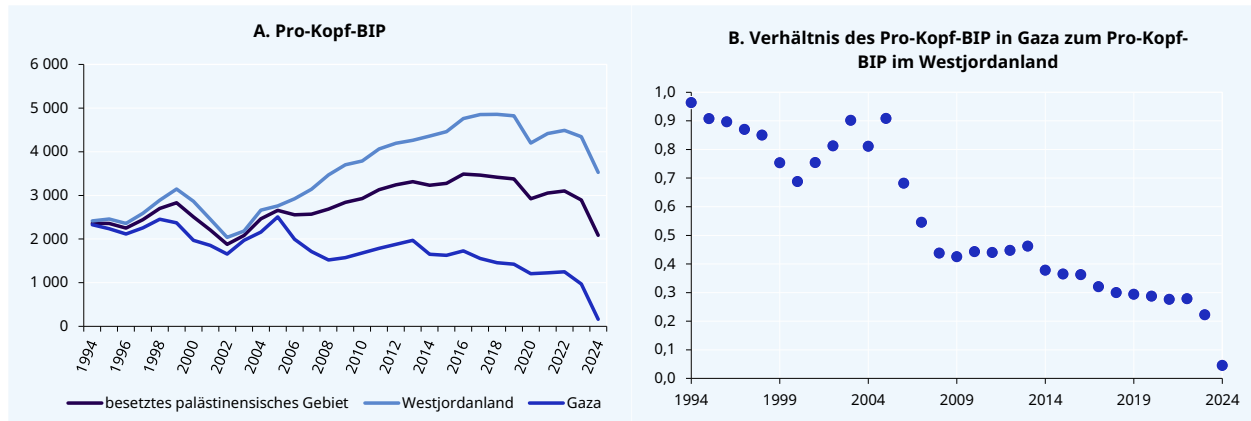


Hinweis: Die BIP-Daten für das vierte Quartal 2024, auf denen der Jahreswert für 2024 basiert, sind eine Schnellschätzung und müssen gegebenenfalls angepasst werden.

Quelle: Berechnungen des IAA auf der Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Palästinensischen Zentralamtes für Statistik (PCBS), 2024.

28. Der Dienstleistungssektor, auf den der größte Beitrag zum BIP im besetzten palästinensischen Gebiet entfällt, schrumpfte um mehr als ein Viertel, während die Landwirtschaft und die Industrie um 21,0 bzw. 32,2 Prozent zurückgingen. Wenngleich alle Sektoren betroffen waren, verzeichnete das Baugewerbe mit einem Rückgang um 45,4 Prozent (35 Prozent im Westjordanland und 98 Prozent in Gaza) den stärksten Einbruch (Abbildung 2.1.B).
29. Infolge des wirtschaftlichen Abschwungs sank das Pro-Kopf-BIP im Jahr 2024 um 27,8 Prozent auf 2.087 US-Dollar und schrumpfte somit so stark wie nie zuvor in der jüngeren Geschichte Palästinas (Abbildung 2.2.A). Der Lebensstandard in Gaza liegt nun bei 4,6 Prozent des vergleichbaren Wertes im Westjordanland und damit deutlich unter dem Vorkriegsstand von 27,9 Prozent (Abbildung 2.2.B).

► **Abbildung 2.2. Pro-Kopf-BIP (zu konstanten US-Dollar von 2015) und Verhältnis des Pro-Kopf-BIP in Gaza zum Pro-Kopf-BIP im Westjordanland, 1994–2024**



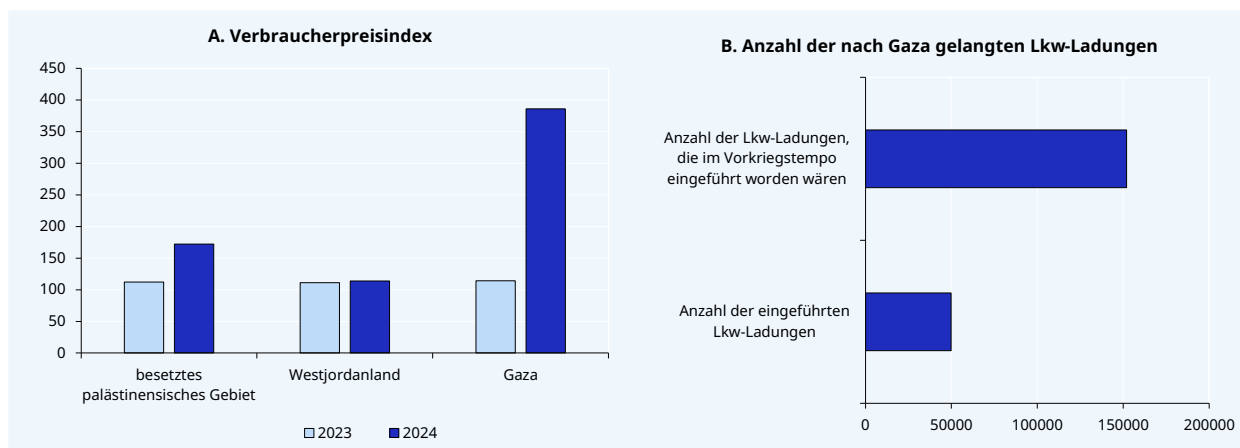
Hinweis: Die BIP-Daten für das vierte Quartal 2024, auf denen der Jahreswert für 2024 basiert, sind eine Schnellschätzung und müssen gegebenenfalls angepasst werden.

Quelle: Berechnungen des IAA auf der Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des PCBS, 2024.

30. 2024 schnellte der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr um 53,7 Prozent empor, vor allem infolge der Preisdynamik in Gaza, wo die Preise um 238 Prozent gegenüber 2,5 Prozent im Westjordanland kletterten (Abbildung 2.3.A). In Gaza bewirkten die von den israelischen Behörden verhängten strengen Beschränkungen für die Einfuhr humanitärer und kommerzieller Güter einen starken Anstieg der Preise für unentbehrliche Güter, insbesondere Nahrungsmittel. Zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 18. Januar 2025 betrug die kumulierte Zahl der nach Gaza gelangten Lkw-Ladungen nur 33 Prozent des vor dem Krieg üblicherweise verzeichneten Werts (Abbildung 2.3.B).²⁵ Im Gefolge des Waffenstillstands vom 19. Januar 2025 erhöhte sich die Zahl der ankommenden Lkw-Ladungen deutlich, und zwar auf 4.000 pro Woche, wodurch der Inflationsdruck vorübergehend nachließ, doch im Anschluss an den von den israelischen Behörden am 2. März 2025 verhängten Stopp aller humanitären und kommerziellen Lieferungen nach Gaza stiegen die Preise erneut sprunghaft an. Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Gaza am 18. März 2025 verschärfte die Versorgungsengpässe weiter und verstärkte den Preisdruck. Im Westjordanland sorgte die geringe Kaufkraft bei den Verbrauchern für anhaltende relative Preisstabilität, da die Produzenten, bedingt durch die gedämpfte Nachfrage ebenso wie die sich verschärfende wirtschaftliche Notlage, die steigenden Kosten nicht an die Verbraucher weitergeben konnten.

²⁵ Selbst vor dem Krieg war die Einfuhr von Gütern nach Gaza aufgrund der seit 2007 verhängten Blockade in der Regel stark eingeschränkt.

► **Abbildung 2.3. Verbraucherpreisindex (2018 = 100) und monatliche Anzahl der zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 18. Januar 2025 nach Gaza gelangten Lkw-Ladungen**



Quelle: Berechnungen des PCBS und des IAA auf der Grundlage von OCHA, „Gaza Crossings: Movement of People and Goods“.

- 31.** Vor dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher Herausforderungen und infolge mehrerer Einschränkungen, darunter die verstärkte einseitige Einbehaltung palästinensischer Steuer- und Zolleinnahmen, rückläufige inländische Einnahmen und das Fehlen wirtschaftspolitischer Instrumente wie einer nationalen Währung und Währungsautonomie, war die Palästinensische Autonomiebehörde im Wesentlichen nicht in der Lage, antizyklische Maßnahmen durchzuführen. 2024 behielten die israelischen Behörden 3,0 Milliarden Schekel (825 Millionen US-Dollar) ²⁶ ein, was 6 Prozent des palästinensischen BIP entsprach, und rechtfertigten diese Maßnahme als Ausgleich für Zahlungen der Palästinensischen Autonomiebehörde an Beamte in Gaza und im Rahmen des Märtyrerfonds. ²⁷ Damit wurde ein deutlich höherer Betrag als 2023 (1,9 Milliarden Schekel) einbehalten. Infolgedessen erhielt die Palästinensische Autonomiebehörde im Jahr 2024 Steuer- und Zolleinnahmen in Höhe von 4,4 Milliarden Schekel, was nicht einmal ausreichte, um die Gehaltskosten im öffentlichen Dienst zu decken, die 6,1 Milliarden Schekel betrugen.
- 32.** Im Zuge einer Abschwächung der Konjunktur gingen die inländischen steuerlichen und nichtsteuerlichen Einnahmen 2024 gegenüber dem Vorjahr um 19,0 Prozent auf 1,3 Milliarden US-Dollar zurück. In Verbindung mit schrumpfenden Zolleinnahmen zwang die angespannte Haushaltslage die Palästinensische Autonomiebehörde dazu, die Gehälter im öffentlichen Dienst um 60 bis 70 Prozent zu kürzen, zusätzliche Schulden aufzunehmen und weitere Zahlungsrückstände gegenüber dem Privatsektor und anderen Gläubigern anzuhäufen.

Arbeitsmarktbezogene Entwicklungen in Gaza

- 33.** Der Arbeitsmarkt in Gaza ist nach wie vor stark geschwächt, bedingt durch die Zerstörung von Infrastrukturen, Arbeitsplätzen, Werkzeugen und anderen Produktionsmitteln seit Beginn des Krieges. Wie aus der vorläufigen Schnellbewertung der Schäden und des Bedarfs hervorgeht, beliefen sich die Schäden an der physischen Infrastruktur Gazas im Oktober 2024 voraussichtlich auf insgesamt 29,9 Milliarden US-Dollar, während die wirtschaftlichen und sozialen Verluste

²⁶ Die Zahlen zu den öffentlichen Finanzen in diesem Abschnitt stammen vom palästinensischen Finanzministerium und sind abrufbar unter: www.pmf.ps/en/index.php.

²⁷ Der Märtyrerfonds der Palästinensischen Autonomiebehörde leistete finanzielle Unterstützung für palästinensische Gefängnisinsassen, freigelassene Häftlinge und die Familien der bei Konflikten mit Israel Getöteten oder Verletzten.

infolge des Krieges auf 19,1 Milliarden US-Dollar geschätzt wurden.²⁸ Diese Schäden und Verluste entsprechen 360 Prozent des 2024 erwirtschafteten palästinensischen BIP.

34. Hinsichtlich der Schäden an der physischen Infrastruktur war der Wohnungssektor mit 15,8 Milliarden US-Dollar (53 Prozent der Schäden insgesamt) am stärksten betroffen, gefolgt von den Sektoren Handel und Industrie, die Schäden in Höhe von 5,9 Milliarden US-Dollar (20 Prozent) erlitten. Zudem verzeichneten die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelsysteme Verluste von schätzungsweise 1,3 Milliarden US-Dollar, während sich die Verluste in Handel und Industrie auf insgesamt 2,2 Milliarden US-Dollar beliefen. Über den unmittelbaren Zusammenbruch von Unternehmen und massive Arbeitsplatzverluste infolge der Zerstörungen hinaus werden die kumulierten Einkommensverluste auf insgesamt 953 Millionen US-Dollar geschätzt.
35. Aufgrund des Krieges verzeichnet Gaza trotz der zunehmenden Nutzung digitaler Brieftaschen und Zahlungssysteme auch gravierende Liquiditätsengpässe. Diese mangelnde Liquidität beeinträchtigt den Wirtschaftsverkehr und wirkt sich auf Händler, Gewerbetreibende und Lohnempfänger gleichermaßen aus. Die Mission wurde darüber informiert, dass Personen, die Bargeld beschaffen wollen, oft beträchtliche Vermittlungsgebühren von bis zu 30 Prozent hinnehmen müssen, die ihre ohnehin geschwächte Kaufkraft weiter aushöhlen.
36. Eine an den Kriegsbedingungen ausgerichtete Arbeitskräfteerhebung, die zwischen November 2024 und Dezember 2024 (viertes Quartal 2024) vom Palästinensischen Zentralamt für Statistik (PCBS) in Gaza durchgeführt wurde, macht deutlich, wie überaus fragil der Arbeitsmarkt ist. Bei Menschen im Alter von 15 Jahren und darüber betrug die Erwerbsquote bedenklich niedrige 29,9 Prozent (47,7 Prozent bei Männern und 12,3 Prozent bei Frauen), während die Beschäftigungsquote mit nur 9,3 Prozent (15,3 Prozent bei Männern und lediglich 3,3 Prozent bei Frauen) noch niedriger ausfiel. Die Arbeitslosenquote lag bei 69,0 Prozent (67,9 Prozent bei Männern und 73,2 Prozent bei Frauen), ist allerdings nach wie vor ein unzureichender Indikator für einen ungedeckten Bedarf an Arbeitsplätzen. Die LU3-Quote, ein umfassenderes Maß für die Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots, belief sich auf alarmierende 80,1 Prozent (77,0 Prozent bei Männern und 87,7 Prozent bei Frauen).²⁹

► **Tabelle 2.1. Wichtigste Arbeitsmarktindikatoren (15 Jahre und älter), Gaza, viertes Quartal 2024 (in Prozent)**

	Insgesamt	Männer	Frauen
Erwerbsquote	29,9	47,7	12,3
Beschäftigungsquote	9,3	15,3	3,3
Arbeitslosenquote	69,0	67,9	73,2
LU3-Quote	80,1	77,0	87,7

Hinweis: Die im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung verwendeten Instrumente wurden stark modifiziert und an den Kriegsbedingungen ausgerichtet, unter anderem durch die Umstellung auf eine vollständig telefonische Datenerhebung. Daher sind die Daten nicht ohne Weiteres mit früheren Arbeitskräfteerhebungen vergleichbar.

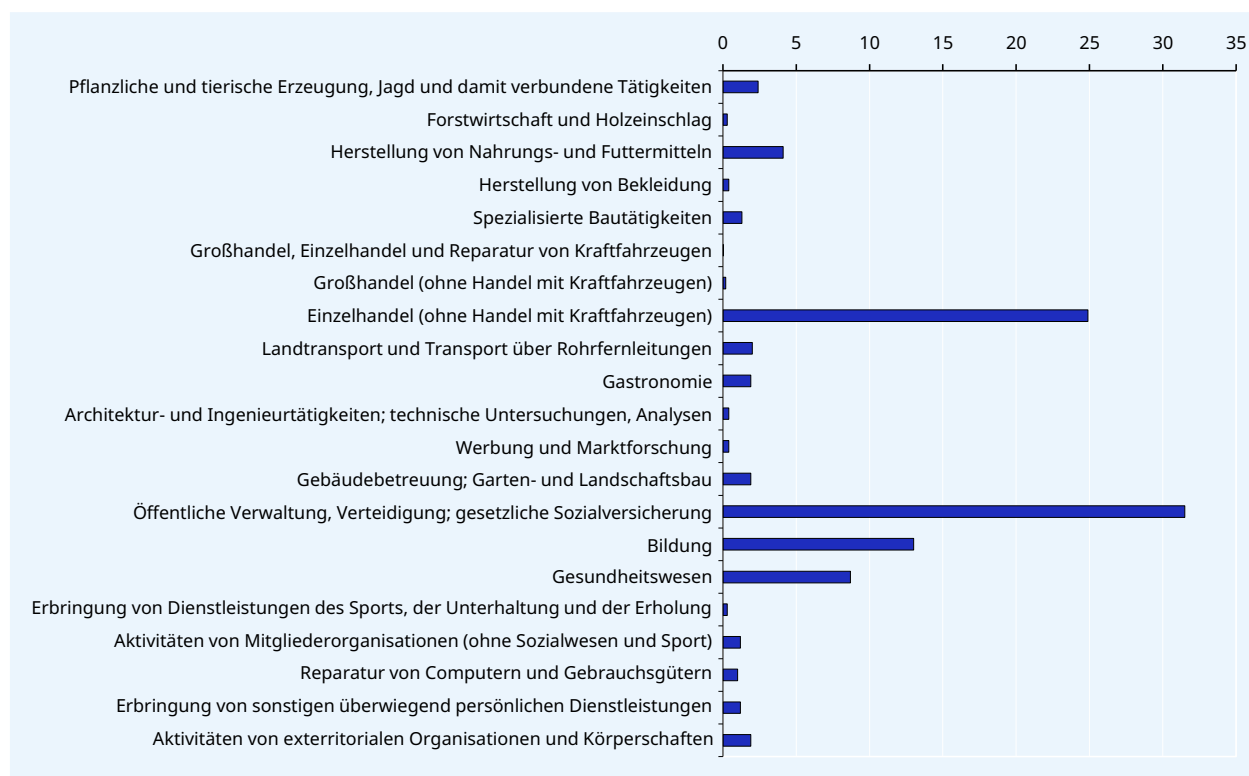
Quelle: PCBS, Labour Force Survey at time of War in Gaza Strip: Status and Realities, Round I: November-Dezember 2024, erscheint demnächst.

²⁸ World Bank, EU und UN, *Gaza and West Bank Interim Rapid Damage and Needs Assessment*, 3.

²⁹ Die LU3-Quote ist die kombinierte Quote der Erwerbslosigkeit und des Erwerbspersonenpotenzials. Das Erwerbspersonenpotenzial umfasst Personen, die für eine Arbeit verfügbar sind, jedoch keine Beschäftigung suchen (z. B. weil sie nach erfolgloser Arbeitsplatzsuche entmutigt sind), sowie Personen, die Arbeit suchen, jedoch nicht zur Verfügung stehen (z. B. aufgrund von Krankheit). Um als arbeitslos (und damit als Teil der Erwerbsbevölkerung) eingestuft zu werden, muss eine Person hingegen sowohl verfügbar sein als auch Arbeit suchen.

37. Die als Teil der potenziellen Erwerbsbevölkerung eingestuften Personen – also Personen, die weder erwerbstätig sind noch eine Beschäftigung suchen, jedoch arbeiten wollen – nannten als Hauptgrund für die fehlende Arbeitssuche, dass sie „auf das Ende des Krieges warten“ (44,8 Prozent). An zweiter Stelle folgten „können nicht auf einen Arbeitsplatz hoffen“ (36,1 Prozent) und „sind der Arbeitssuche überdrüssig/glauben nicht, dass Arbeitsplätze vorhanden sind“ (18,3 Prozent). Weniger als 1 Prozent der Befragten gab an, auf die Rückkehr zu einer früheren Stelle oder unternehmerischen Tätigkeit oder deren Neuaufnahme zu warten.
38. Die Beschäftigung in Gaza beschränkt sich mittlerweile auf wenige, von öffentlichen Dienstleistungen, humanitärer Hilfe und informellen Märkten abhängige Tätigkeiten. Die Mehrheit der nach wie vor in Gaza erwerbstätigen Personen arbeitet im öffentlichen Sektor, etwa in der öffentlichen Verwaltung (31,5 Prozent), im Bildungswesen (13,0 Prozent) und im Gesundheitsbereich (8,7 Prozent), die zusammen mehr als die Hälfte der Gesamtbeschäftigung in Gaza ausmachen (Abbildung 2.4). Ein weiteres Viertel der Gesamtbeschäftigung entfiel auf den Einzelhandel. Der Anteil der übrigen Wirtschaftszweige lag allgemein bei 2 Prozent oder darunter, was die starke Erosion der Produktionsbasis in Gaza verdeutlicht. In der Landwirtschaft, in der vor dem Krieg 6 Prozent aller Beschäftigten in Gaza tätig waren, ist dieser Wert inzwischen auf weniger als die Hälfte geschrumpft.

► **Abbildung 2.4. Anteil der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweig, Gaza, viertes Quartal 2024**
(in Prozent)



Quelle: PCBS, Labour Force Survey at Time of War in Gaza Strip: Status and Realities, Round I: November–Dezember 2024.

39. Die Arbeitslosenquote ist alarmierend hoch, ganz besonders bei jungen Menschen. Bei den 15- bis 29-Jährigen betrug sie 80,3 Prozent (79,9 Prozent bei jungen Männern und 82,2 Prozent bei jungen Frauen). Der Anteil der Jugendlichen, die keiner Arbeit nachgehen, keine Schule besuchen und keine Berufsausbildung absolvieren, wurde auf 73,8 Prozent geschätzt (75,3 Prozent bei jungen Männern und 72,1 Prozent bei jungen Frauen). Junge Männer in dieser Personengruppe

waren vor allem mit der Arbeitssuche beschäftigt, während junge Frauen Haushalts- oder Familienpflichten als häufigsten Grund angaben. Darüber hinaus ist ein nennenswerter Anteil jugendlicher dieser Personengruppe aufgrund einer Langzeiterkrankung, Verletzung oder Behinderung nicht in Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung (4,6 Prozent). Längere Phasen der Arbeitslosigkeit und der Nichtteilnahme an allgemeiner oder beruflicher Bildung, wie sie bei jungen Menschen in Gaza der Fall war, führen zu einer Veralterung von Qualifikationen, was die Fähigkeit der Betroffenen, sich bei verbesserten Bedingungen erneut am Arbeitsmarkt zu beteiligen, mindert und durch „Narbenbildung“ zu einer langfristigen Schädigung des Produktionspotenzials führen kann.

Arbeitsmarktbezogene Entwicklungen im Westjordanland

40. Der Arbeitsmarkt im Westjordanland wird nach wie vor stark von den Auswirkungen des Krieges in Gaza gebeutelt. Aufgrund des Wegfalls von Beschäftigungsmöglichkeiten für die meisten Palästinenser in Israel sind deutliche Arbeitsplatz- und Einkommensverluste zu verzeichnen. Bereits früher haben die unter der Besatzung auferlegten Beschränkungen des Güter- und Personenverkehrs schwere wirtschaftliche Kosten verursacht, und die seit dem Krieg in Gaza verschärften Begrenzungen der Bewegungsfreiheit haben die Mobilität der Arbeitskräfte weiter beeinträchtigt, den Zugang zu Arbeitsplätzen erschwert, Lieferketten gestört und die Geschäftstätigkeit eingeschränkt. Das Gebiet C, das mehr als 60 Prozent des Westjordanlands ausmacht, unterliegt strengeren Beschränkungen als die Gebiete A und B. Nach Schätzungen der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) könnte eine Lockerung der Beschränkungen im Gebiet C auf den Umfang der Beschränkungen in den Gebieten A und B zusätzliche Haushaltsausgaben in Höhe von 4,4 Milliarden US-Dollar jährlich bewirken.³⁰ Die Eskalation der militärischen Übergriffe im Norden des Westjordanlands seit Januar 2025 hat die Unsicherheit weiter verstärkt und belastet die Investitionen und die Verbraucherstimmung stark.
41. Vor diesem Hintergrund ist die ausgeprägte Abschwächung der Arbeitsmarktindikatoren im Westjordanland kaum überraschend. Trotz eines Zuwachses bei der Bevölkerung im Erwerbsalter (ab 15 Jahren) um 54.000 (bzw. 2,6 Prozent) zwischen 2023 und 2024 nahm die Erwerbsbevölkerung tatsächlich leicht ab. Infolgedessen fiel die Erwerbsquote von 47,3 auf 46,0 Prozent (bei Männern von 75,4 auf 73,4 Prozent und bei Frauen von 18,2 auf 17,8 Prozent). Die Beschäftigungsquote verzeichnete einen starken Rückgang: Zwischen 2023 und 2024 sank sie von 39,5 auf 31,6 Prozent und somit um 7,9 Prozentpunkte. Der größte Teil der Verluste entfiel auf Männer, die die Mehrheit der palästinensischen Erwerbstätigen in Israel stellten und denen eine Beschäftigung in dem Land nun verwehrt ist. Ihre Beschäftigungsquote sank zwischen 2023 und 2024 von 64,4 auf 50,1 Prozent und somit um 14,3 Prozentpunkte. Demgegenüber ging diese Quote bei Frauen nur um 1,4 Prozentpunkte zurück. Die 2024 gemessene Beschäftigungsquote der Frauen von lediglich 12,4 Prozent lässt allerdings nach wie vor ein hohes geschlechtsspezifisches Gefälle erkennen. Von denen, die erwerbstätig sind, geht etwa die Hälfte einer informellen Beschäftigung nach, wobei der Grad der Informalität bei Männern höher ist als bei Frauen, und zwar bedingt durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter im öffentlichen Sektor.

³⁰ UNCTAD, *Occupation, Fragmentation and Poverty in the West Bank*, 2024, 31, 33.

► **Tabelle 2.2. Wichtige Arbeitsmarktindikatoren, Westjordanland, 2023 und 2024**

	2023	2024	Veränderung (in Prozent oder Prozentpunkten)
Bevölkerung ab 15 Jahren (in 1.000)	2.110	2.164	2,6
Erwerbspersonen (in 1.000)	998	996	-0,2
Erwerbsquote – insgesamt (%)	47,3	46,0	-1,3
Erwerbsquote – Männer (%)	75,4	73,4	-2,0
Erwerbsquote – Frauen (%)	18,2	17,8	-0,4
Beschäftigung (in 1.000)	833	683	-18,0
davon in Israel und den Siedlungen (in 1.000)	149	31	-79,1
Beschäftigungsquote – insgesamt (%)	39,5	31,6	-7,9
Beschäftigungsquote – Männer (%)	64,4	50,1	-14,3
Beschäftigungsquote – Frauen (%)	13,8	12,4	-1,4
Informelle Beschäftigung (in 1.000)	409	331	-19,1
Quote der informell Beschäftigten – insgesamt (%)	49,1	48,5	-0,6
Quote der informellen Beschäftigten – Männer (%)	51,0	50,6	-0,4
Quote der informellen Beschäftigten – Frauen (%)	40,1	39,6	-0,5
Arbeitslosigkeit (in 1.000)	164	313	90,5
Arbeitslosenquote – insgesamt (%)	16,5	31,4	14,9
Arbeitslosenquote – Männer (%)	14,6	31,7	17,1
Arbeitslosenquote – Frauen (%)	24,4	30,1	5,7
Erwerbspersonenpotenzial (in 1.000)	9	25	165,9
Entmutigte Arbeitnehmer (in 1.000)	2	15	632,6
LU3-Quote – insgesamt (%)	17,2	33,1	15,9
LU3-Quote – Männer (%)	15,2	33,4	18,2
LU3-Quote – Frauen (%)	26,0	32,0	6,0

Hinweis: Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen Abweichungen ergeben.

Quelle: Schätzungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, 2023–24.

42. Während die Arbeitslosigkeit deutlich zunahm, schied infolge von Arbeitsplatzmangel und erfolgloser Stellensuche auch eine große Zahl von Menschen aus dem Erwerbsleben aus. Die potenzielle Erwerbsbevölkerung verdreifachte sich nahezu, und die Zahl der entmutigten Arbeitskräfte stieg um das Siebenfache, was zeigt, um wie viel schwerer die Stellensuche in einem angespannten Arbeitsmarkt geworden war.
43. Die besonders gefährdeten Segmente des Arbeitsmarkts waren überproportional betroffen. Vor dem Krieg war die Arbeitslosenquote bei Personen mit tertiärer Bildung am höchsten (18,5 Pro-

zent), verglichen mit 13,0 Prozent bei Personen, die nicht einmal über eine Grundschulbildung verfügten. Bis 2024 kehrte sich dieses Muster jedoch um: Mit 36,7 Prozent waren Personen mit Grundschulbildung am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen, gefolgt von Personen mit weniger als einer solchen Bildung (31,9 Prozent). Die Arbeitslosenquote bei Absolventen tertiärer Bildungsgänge betrug 25,8 Prozent. Diese Verschiebungen sind Ausdruck sich verändernder Muster der Arbeitslosigkeit bei Männern, ihrerseits verursacht durch den Verlust von Arbeitsplätzen in Israel und den Siedlungen. Für Frauen mit einem tertiären Bildungsabschluss ist die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein, jedoch nach wie vor am höchsten: Ihre Arbeitslosenquote stieg zwischen 2023 und 2024 von 30,7 auf 36,4 Prozent. Dies verdeutlicht sowohl den allgemeinen Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten als auch die anhaltenden geschlechtsspezifischen Hindernisse, vor denen palästinensische Frauen mit hohem Bildungsstand bei der Suche nach einer ihren Qualifikationen entsprechenden Beschäftigung stehen.

44. Ein Beschäftigungszuwachs war lediglich in den Sektoren Transport, Lagerung und Kommunikation zu verzeichnen, während es über alle produktiven Sektoren und nicht marktbestimmten Dienstleistungen hinweg zu massiven Arbeitsplatzverlusten kam. Zwischen 2023 und 2024 ging die Beschäftigung im Baugewerbe um mehr als die Hälfte (55,9 Prozent) zurück, im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden dagegen um 12,3 Prozent und in der Landwirtschaft um 7,2 Prozent. Besonders stark getroffen war zudem der Tourismus, da Beschränkungen des Personenverkehrs und erhöhte Gewalt ausländische Besucher abschreckten und zugleich aufgrund der Einschränkungen ebenso wie der geringeren Kaufkraft auch den Inlandstourismus beeinträchtigten. Infolgedessen ging die Beschäftigung im Handel sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe 2024 gegenüber dem Vorjahr um 9,8 Prozent zurück.
45. Ost-Jerusalem blieb von dem starken konjunkturellen Abschwung nicht verschont, da sich die verschärften Beschränkungen auch auf wichtige Sektoren, insbesondere den Tourismus und den Handel, auswirkten. Nach Angaben des PCBS belief sich die Zahl der Hotelgäste in Ost-Jerusalem im ersten Halbjahr 2024 auf insgesamt 5.135 und damit auf weniger als ein Zehntel im entsprechenden Zeitraum 2023 verzeichneten Werts (57.619).³¹ Die wirtschaftliche Marginalisierung Ost-Jerusalems hat sich im Kontext der Besatzung weiter verstärkt. So haben schätzungsweise 80 Prozent der Unternehmen in der Altstadt ihren Betrieb teilweise oder vollständig eingestellt, was die lokale Wirtschaftsbasis weiter aushöhlt.³²
46. Auch junge Menschen waren vor den Auswirkungen des schwächer werdenden Arbeitsmarkts nicht gefeit. Die Jugendarbeitslosenquote schnellte von 29,3 auf 43,0 Prozent und damit um 13,7 Prozentpunkte empor. Bei jungen Männern stieg die Arbeitslosenquote 2024 um mehr als das Doppelte auf 31,7 Prozent (gegenüber 14,6 Prozent im Vorjahr) und liegt nun über der Quote junger Frauen, die sich im selben Zeitraum von 24,4 auf 30,1 Prozent erhöhte. Der Anteil der Jugendlichen, die keiner Arbeit nachgehen, keine Schule besuchen und keine Berufsausbildung absolvieren, nahm zwischen 2023 und 2024 ebenfalls zu, und zwar von 23,0 auf 24,7 Prozent. Bei jungen Männern fiel dieses Wachstum mit einem Anstieg der Quote um 7,2 Prozentpunkte auf 25,6 Prozent erheblich aus, bei jungen Frauen dagegen mit einer Erhöhung um 0,2 Prozentpunkte auf 27,9 Prozent eher moderat.
47. Die anhaltende Krise hat nicht nur Arbeitsplätze vernichtet, sondern auch die Arbeitsplatzqualität untergraben. Zwischen 2023 und 2024 sank der Anteil der Lohnarbeit an der Gesamtbeschäftigung von 71,4 auf 65,5 Prozent, während der Anteil der Beschäftigten, die keine Abfindungen und

³¹ PCBS, „The Palestinian Central Bureau of Statistics and the Ministry of Tourism and Antiquities jointly issue a press release on the occasion of the World Tourism Day, 27/09/2024“.

³² Palestine Economic Policy Research Institute, *Palestine Economic Update*, Februar 2024, 2.

sonstige Leistungen erhalten, von 61,5 auf 63,9 Prozent stieg. Zugleich fiel der durchschnittliche Tageslohn im Westjordanland um 2,3 Prozent, nämlich von 139 auf 136 Schekel. Die stärksten Lohnrückgänge wurden in der Landwirtschaft (11,6 Prozent) verzeichnet, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (3,1 Prozent).

In Israel und den Siedlungen beschäftigte Palästinenser

48. Nach Angaben des PCBS gingen 2024 etwa 31.000 Palästinenser in Israel und den Siedlungen einer Beschäftigung nach, davon 16.000 in Israel und 15.000 in den Siedlungen. Dies ist ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Höchststand von 2022, als 193.000 Palästinenser in Israel und den Siedlungen erwerbstätig waren. Von den noch in Israel und den Siedlungen Beschäftigten arbeitete etwa die Hälfte mit einer, die andere Hälfte ohne eine Einreise- und Arbeitsgenehmigung für Israel.³³ Allerdings ist die tatsächliche Zahl der Erwerbstätigen ohne Papiere nach Aussage der Gesprächspartner wahrscheinlich viel höher und beträgt einigen Schätzungen zufolge 40.000 bis 50.000.

► **Tabelle 2.3. Palästinensische Arbeitnehmer in Israel und den Siedlungen: zentrale Merkmale**

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Beschäftigte in Israel und den Siedlungen (in 1.000) *	133	125	145	193	149	31
Beschäftigte mit Arbeitsgenehmigung (in 1.000)	95	78	89	113	112	14
Mit Genehmigung über Vermittler (in 1.000)	43	34	42	59	56	2
Mit Genehmigung ohne Vermittler (in 1.000)	52	44	46	53	56	12
Beschäftigte ohne Arbeitsgenehmigung (in 1.000)	26	24	37	40	28	12

* Die Gesamtzahl umfasst alle Beschäftigten mit einem israelischen Personalausweis oder einem ausländischen Pass.

Quelle: Schätzungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, 2019–24.

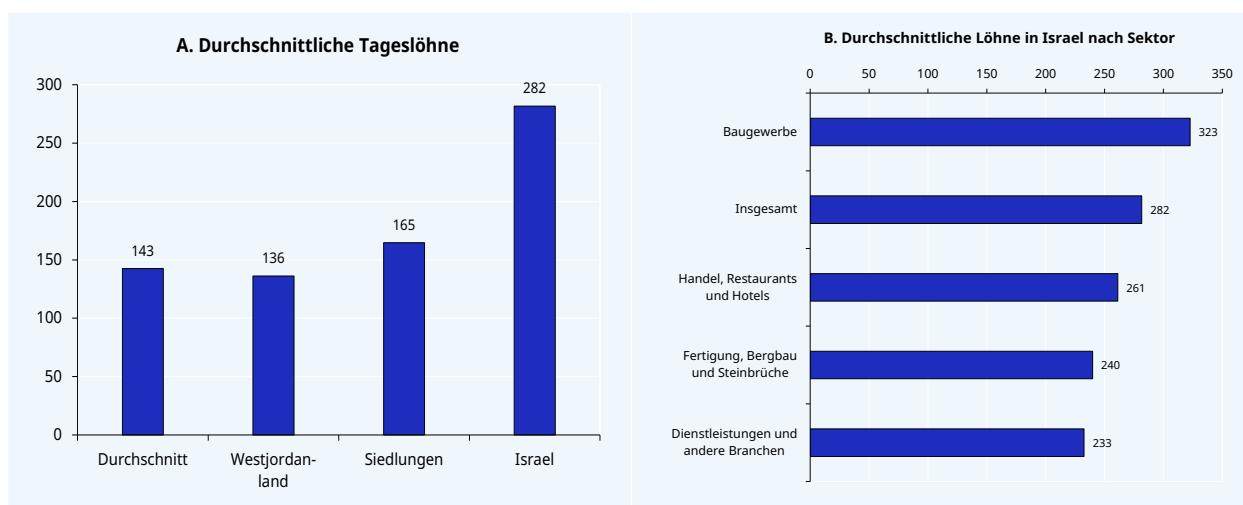
49. Auch die sektorspezifische Zusammensetzung der Beschäftigung von Palästinensern in Israel und den Siedlungen hat sich erheblich verändert. 2023 waren fast zwei Drittel der palästinensischen Arbeitnehmer in Israel und den Siedlungen im Baugewerbe tätig, während dieser Anteil 2024 auf etwa ein Viertel sank. Zugleich kristallisierte sich das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2024 als dominanter Wirtschaftszweig heraus, der 2024 36 Prozent aller palästinensischen Beschäftigten in Israel und den Siedlungen stellte.
50. Der erhebliche Verlust von Beschäftigungsmöglichkeiten ging zudem mit einem Rückgang der Löhne einher, der wahrscheinlich auf den erhöhten Anteil von Beschäftigten ohne Arbeitsgenehmigung – die in der Regel niedrigere Löhne als Beschäftigte mit einer Genehmigung erhalten – und die Aushöhlung der Verhandlungsmacht als Folge der geringeren alternativen Optionen für die Beschäftigten zurückzuführen war. Der durchschnittliche Tageslohn für in Israel beschäftigte Palästinenser lag 2024 bei 282 Schekel (Abbildung 2.5.A) und damit unter dem Vorjahreswert von 309 Schekel. Ebenso sank der durchschnittliche Tageslohn in den Siedlungen um 11,5 Prozent,

³³ Nach Angaben des Israelischen Zentralamts für Statistik wurden 2024 durchschnittlich 26.500 Lohnabrechnungen palästinensischer Arbeitnehmer an die Sozialversicherung gemeldet. Diese Zahl ist höher als die Zahl der Palästinenser mit einer Arbeitsgenehmigung, da mehr als eine Lohnabrechnung je Person vorgelegt werden kann.

nämlich von 186 auf 165 Schekel. 2024 betrug der durchschnittliche Tageslohn palästinensischer Arbeitnehmer in den Siedlungen nur 58,5 Prozent der in Israel beschäftigten Palästinenser.

51. Die Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Sektoren lassen die Ungleichheit bei den Entgelten noch stärker zutage treten. Mit einem durchschnittlichen Tageslohn von 323 Schekel wurden im Baugewerbe in Israel nach wie vor die höchsten Löhne gezahlt, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe, wo palästinensische Arbeitnehmer einen durchschnittlichen Tageslohn von 240 Schekel erhielten (Abbildung 2.5.B). Ähnliche Muster waren auch in den Siedlungen zu beobachten, wo der durchschnittliche Tageslohn im Baugewerbe mit 227 Schekel am höchsten war, während die Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe durchschnittlich 184 Schekel pro Tag verdienten.

► **Abbildung 2.5. Durchschnittlicher Tageslohn nach Arbeitsort und Sektor, 2024 (in Schekel)**



Quelle: Schätzungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, 2024.

► Kapitel 3. Rechte palästinensischer Arbeitnehmer unter der Besatzung

52. In seinem Gutachten vom 19. Juli 2024 hat der Internationale Gerichtshof die Rechtswidrigkeit der israelischen Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, bekräftigt.³⁴ Dennoch schritt der Siedlungsausbau 2024 ungebremsst voran (Tabelle 3.1), wodurch sich die Landfläche, auf der Palästinenser Landwirtschaft betreiben oder andere Existenzmöglichkeiten erschließen können, weiter verringerte. 2024 wurden doppelt so viele – auch nach israelischem Recht rechtswidrige – Außenposten errichtet wie im Jahr zuvor. Pläne für den Bau zahlreicher Wohneinheiten in den Siedlungen wurden vorangetrieben, während es keine derartigen Pläne für Palästinenser gab. Die Hektarfläche, die zu Staatsland erklärt wurde und somit den Palästinensern nicht mehr zur Verfügung steht, überstieg die Gesamtfläche, die ihnen seit 2000 auf diese Weise entzogen wurde.

► Tabelle 3.1. Ausgewählte Indikatoren für den Ausbau der Siedlungen im Westjordanland (2022–24)

	2022	2023	2024
Anzahl der eingerichteten Außenposten (ohne Ost-Jerusalem)	7	31	60
Pläne für neue Wohneinheiten in Siedlungen, die mindestens eine der Planungsphasen durchlaufen haben (ohne Ost-Jerusalem)	4.427	12.349	9.971
Pläne für neue Wohneinheiten für Palästinenser im Gebiet C, die mindestens eine der Planungsphasen durchlaufen haben	58	0	0
Neue Ausschreibungen für den Bau von Wohneinheiten in den Siedlungen	659	2.905	3.618
Palästinensisches Land (in Hektar), das zu Staatsland erklärt wurde und somit den Palästinensern nicht mehr zur Verfügung steht	389	50	2.423
Abrisse palästinensischer Bauten, vor allem aufgrund von fehlenden Genehmigungen, die Palästinensern nur selten erteilt werden, Militäroperationen oder Strafbefehlen	957	1.178	1.768

Hinweis: Sofern nicht anderweitig angegeben, schließen die Zahlen Ost-Jerusalem ein.
Quellen: Peace Now, „[Settlement Watch – Data](#)“ und OCHA, „[Breakdown of Data on Demolition and Displacement in the West Bank](#)“, abgerufen am 7. April 2025.

53. 2024 wurden mehrere weitreichende Verwaltungsmaßnahmen ergriffen, darunter die Übertragung von Befugnissen im Zusammenhang mit Siedlungen von der Militär- auf die Zivilverwaltung, die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel für die Siedlungsinfrastruktur, Außenposten und Landwirtschaftsbetriebe von Siedlern sowie die Legalisierung von Außenposten.³⁵ Die Siedlungsaktivitäten haben sich 2025 beschleunigt. Während im Februar 2025 drei palästinensische Dörfer

³⁴ IGH, *Legal consequences arising from the policies and practices of Israel in the occupied Palestinian territory, including East Jerusalem*, Gutachten, 19. Juli 2024, Abs. 155.

³⁵ Peace Now, *2024 in the West Bank – The Year of Annexation and Expulsion*, Februar 2025, *The Israeli Government’s Annexation Agenda*, Juni 2024, und *The Israeli Government Financed 68 Illegal Farms with NIS 15 Million*, 23. Juli 2024.

abgerissen wurden, weil sie in einem als „Schießzone“ ausgewiesenen Gebiet lagen, wurden in derselben Zone zehn israelische Außenposten errichtet.³⁶ Bis Ende März dieses Jahres hatte der israelische Höhere Planungsrat mehr Pläne für Wohneinheiten in den Siedlungen vorangetrieben als im gesamten Jahresverlauf 2024.³⁷ Die an sich hohe Zahl der 2024 vertriebenen Palästinenser erscheint im Vergleich zu den schätzungsweise 45.000 Palästinensern, die durch Militäroperationen aus Städten, Ortschaften und Flüchtlingslagern im Norden des Westjordanlands vertrieben wurden, verschwindend gering.

- 54.** Zu den rechtlichen Entwicklungen zählen zwei Gesetzesentwürfe mit dem Potenzial, die den Palästinensern zur Verfügung stehende Landfläche weiter zu verringern und die Lebensfähigkeit der palästinensischen Wirtschaft und eines künftigen palästinensischen Staates zu beeinträchtigen. Einer der Entwürfe, der Anfang 2025 von der Knesset in erster Lesung angenommen wurde, würde privaten israelischen Staatsbürgern den Erwerb von Grund und Boden im Westjordanland gestatten, was eine Abweichung vom rechtlichen Status quo darstellt, wonach ein solcher Erwerb für Personen, die weder jordanische noch palästinensische Staatsangehörige sind, nur in beschränkten Situationen möglich ist.³⁸ Der andere sieht die Annexion von 29 Siedlungen in der Nähe von Ost-Jerusalem vor, was palästinensische Gemeinden zwischen den Siedlungen und Jerusalem weiter isolieren und den Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten noch mehr erschweren würde.³⁹

Arbeitnehmerrechte im Westjordanland

- 55.** Insbesondere wurden die Arbeitnehmerrechte im Westjordanland durch drei anhaltende Probleme beeinträchtigt, die sich im Zuge umfangreicher Sicherheitsoperationen noch verschärften.
- 56.** Erstens wurde die Bewegungsfreiheit 2024 weiter eingeschränkt. Nach Auskunft der Gesprächspartner waren alle Reisen von Palästinensern im Westjordanland mit Ungewissheiten verbunden und meist langwierig. Anfang 2025 wurden die Bewegungen der Palästinenser durch 849 von Israel errichtete physische Hindernisse (darunter Kontrollpunkte, Tore, Straßensperren, Barrieren und Gräben) dauerhaft oder zeitweise kontrolliert, beschränkt und überwacht.⁴⁰ Die Verbindungen zwischen Bevölkerungszentren waren bisweilen unterbrochen, und an den Kontrollpunkten kam es zu langen Wartezeiten. Auf den acht Hauptstraßen, die durch das Westjordanland führen, gab es im September 2024 durchschnittlich fast eine Sperrung pro Kilometer.⁴¹ Darüber hinaus wurden palästinensische Städte und Dörfer häufig durch Militärrazzien mehrere Stunden oder Tage lang abgeriegelt. Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit hatten erhebliche Auswirkungen auf die Existenzgrundlagen und den Zugang zu Arbeitsstätten. So wurden in der „Randzone“⁴² Bewohner von 150 Gemeinden generell am Zugang zu ihren landwirtschaftlichen Flächen gehindert.⁴³ Mitunter war der Zugang von Arbeitnehmern zu ihren Arbeitsstätten in anderen Städten nur zu Fuß oder über Felder möglich, weshalb sie nicht zur Arbeit erscheinen konnten. Weibliche Beschäftigte,

³⁶ Peace Now, „[Extensive Demolitions for Palestinians in Masafer Yatta. The Outposts, on the Other Hand, Are Flourishing](#)“, 11. Februar 2025.

³⁷ Peace Now, „[Advancement of 1,344 Housing Units in the West Bank](#)“, 21. März 2025.

³⁸ Vereinigung für Bürgerrechte in Israel, „[Against the Proposed Law Allowing for Private Land Purchases in the West Bank](#)“, 11. Februar 2025.

³⁹ Peace Now, „[A Bill for the Annexation of Settlements around Jerusalem](#)“, 2. März 2025.

⁴⁰ OCHA, „[Humanitarian Situation Update #274 – West Bank](#)“, 20. März 2024.

⁴¹ OCHA, „[Movement and Access in the West Bank – September 2024](#)“, 25. September 2024.

⁴² Die „Randzone“ ist das zwischen den Sperranlagen und der Grünen Linie befindliche Gebiet im Westjordanland, das vom israelischen Militär als für Palästinenser gesperrt ausgewiesen ist. Als „Grüne Linie“ wird die seit 1949 bestehende Waffenstillstandslinie zwischen Israel und dem Westjordanland bezeichnet.

⁴³ OCHA, „[Movement and Access in the West Bank – September 2024](#)“.

die aufgrund von Kinderbetreuung und Haushaltspflichten weniger Zeit haben als Männer, waren besonders betroffen, da sie oft nicht in der Lage sind, ihren Wohnort zu verlassen. Wie es ein Gesprächspartner beschrieb, war die Welt der Frauen kleiner geworden.

57. Zweitens hielt die Zunahme der Gewalt im Westjordanland im Gefolge des 7. Oktober 2023 auch im vergangenen Jahr an. Im Jahresverlauf 2024 wurden im Westjordanland im Zusammenhang mit der Besatzung und dem Konflikt 503 Palästinenser getötet und 3.147 verletzt; auf israelischer Seite gab es 34 Tote und 159 Verletzte.⁴⁴ Nahezu täglich kam es zu Übergriffen israelischer Streitkräfte auf palästinensische Gemeinden (siehe Kasten). Einige der Todesfälle und Verletzungen, die durch Militäroperationen oder bei der Durchsetzung von Beschränkungen der Bewegungsfreiheit durch Soldaten verursacht wurden, ereigneten sich am Arbeitsplatz oder auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeit. Darüber hinaus verübten israelische Siedler 2024 im Durchschnitt täglich vier Angriffe auf Palästinenser.⁴⁵ Aufgrund anhaltender Gewalt durch Siedler wurden über 300 Beduinenfamilien vertrieben und somit ihrer traditionellen Existenzgrundlagen beraubt. Berichten zufolge schritten Mitglieder der israelischen Sicherheitskräfte während der sechswöchigen Olivenernte bei Angriffen von Siedlern nicht ein.⁴⁶ Nachdem in den vergangenen 20 Jahren nur 3 Prozent der Ermittlungen wegen Beschwerden über Gewalttaten von Siedlern zu Verurteilungen geführt hatten, ging 2024 die Zahl der Palästinenser, die sich entschlossen, eine Beschwerde einzureichen, deutlich zurück.⁴⁷

► Jenin im Fokus

Jenin ist eine im Norden des Westjordanlands gelegene Stadt mit etwa 50.000 Einwohnern. Rund 24.000 weitere Menschen, deren Familien 1948 vertrieben worden waren, lebten 2024 in einem dicht besiedelten Flüchtlingslager in der Nähe Jenins.

2024 und 2025 kam es infolge mehrerer aufeinander folgender Operationen der Sicherheitskräfte im Flüchtlingslager Jenin und in den umliegenden Gebieten zu Vertreibungen, Abrissen und Beeinträchtigungen im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie zur Zerstörung von Straßen, Abwasseranlagen und Wasserleitungen. Eine palästinensische Sicherheitsoperation im Dezember 2024 führte zur Vertreibung von etwa 2.000 Familien. Bei einer laufenden israelischen Militäroperation unter Einsatz von Luft- und Bodentruppen wurde das Lager geräumt und anschließend zur militärischen Sperrzone erklärt. Im März wurde die Operation auf benachbarte Vororte und Dörfer ausgeweitet, wobei Panzer eingesetzt und neue Hindernisse für die Bewegungsfreiheit errichtet wurden. Mindestens 55 Palästinenser wurden getötet und viele Gebäude zerstört.

Dies hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Existenzgrundlagen und die Rechte der Arbeitnehmer. Mit der Schließung aller Arbeitsstätten im Flüchtlingslager und zahlreicher weiterer in den umliegenden Stadtvierteln verloren die Beschäftigten ihre Arbeit. Bei vielen der Unternehmen im Lager handelte es sich um Werkstätten, die von Frauen von zu Hause aus betrieben wurden und wirtschaftlichen Turbulenzen nicht standhalten konnten. Angesichts der Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und anhaltenden Gewalt hatten weder die Arbeitnehmer und Arbeitgeber noch die Verbraucher regelmäßig Zugang zu ihren Arbeitsstätten oder lokalen Märkten, und die Arbeitgeber konnten sich nicht auf die Lieferung von Rohstoffen oder den Transport ihrer Produkte zu den Märkten verlassen. Ein Rückgang der Nachfrage, der zum Teil auf die Unvorhersehbarkeit der Lage zurückzuführen war, traf alle Unternehmen gleichermaßen. Alternative Regelungen wie Telearbeit oder die Verlegung des Betriebsstandorts kommen nur für eine Minderheit infrage. Für viele Arbeitnehmer gehen diese Militäroperationen mit Prekarität und Einkommenseinbußen einher und trifft sie zu einer Zeit, in der sie auch den Verlust ihrer Wohnungen, ihrer Gemeinschaft und der Bildung ihrer Kinder bewältigen müssen.

⁴⁴ OCHA, „Data on casualties“, abgerufen am 18. März 2025.

⁴⁵ OCHA, „Humanitarian Situation Update #252 – West Bank“, 2. Januar 2025.

⁴⁶ Yesh Din, „Summary of the 2024 Olive Harvest Season“, 15. Dezember 2024.

⁴⁷ Yesh Din, „Data Sheet: Law Enforcement on Israeli Civilians in the West Bank (Settler Violence), 2005-2024“, 16. Januar 2025.

Quellen: Gesprächspartner der Mission; OCHA, Humanitarian Situation Updates, verschiedene Ausgaben Januar – März 2025; UNRWA, „Official Statement on the Situation in Jenin Camp“, 3. Februar 2025, und „Jenin Camp“, ohne Datum.

58. Drittens bestand nach wie vor der Eindruck einer Ungleichbehandlung der Palästinenser vor dem Gesetz, so auch in Bezug auf israelische Planungsprozesse. 2024 wurden nahezu drei Viertel aller von Israel sanktionierten Abrisse von in palästinensischem Besitz befindlichen Bauten im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, mit fehlenden Genehmigungen Israels begründet, die für Palästinenser fast unmöglich zu erlangen sind, und mehr als die Hälfte dieser Bauten wurde für landwirtschaftliche oder andere der Sicherung des Lebensunterhalts dienende Zwecke genutzt.⁴⁸ In Ost-Jerusalem waren 98 Prozent der Abrisse auf fehlende Genehmigungen zurückzuführen. Ein Gesetzesentwurf, der Personen mit palästinensischen Abschlüssen ohne zusätzliche Qualifikationen vom Unterrichten an Schulen in Ost-Jerusalem ausschließt, hätte diskriminierende Auswirkungen auf palästinensische Lehrkräfte, die mehrheitlich Frauen sind.⁴⁹
59. Diese drei Probleme haben die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte im Westjordanland allesamt erschwert. Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit behindern die Arbeit wichtiger Institutionen zum Schutz der Arbeitnehmerrechte, etwa der repräsentativen Arbeitnehmerverbände, der Arbeitsaufsichtsbehörde, der Gerichte und des Streitbeilegungssystems, sowie die Besuche von Menschenrechtsverteidigern vor Ort. Die Gewalt, die Angst vor Gewalt und der Eindruck der Straffreiheit der Täter mindern das Vertrauen der Arbeitnehmer in die Institutionen und den Zugang zu Justiz und Rechtsbehelfen. Ein sicheres und gesundes Arbeitsumfeld ist ein grundlegendes Prinzip und Recht bei der Arbeit für alle. Wie einige Unternehmen erklärten, sind sie ohne die mit Rechtsstaatlichkeit verbundene Gewissheit und angesichts anhaltender Beschränkungen unrentabel geworden, und die Arbeitgeber können nicht länger menschenwürdige Arbeitsbedingungen für ihre Beschäftigten gewährleisten. In vielen Fällen wurden die Löhne und Arbeitszeiten der Beschäftigten gekürzt.

Arbeitnehmerrechte in Gaza

60. Seit dem 7. Oktober 2023 kommt es nachweislich zur Zerstörung von Arbeitsstätten und massiven Vertreibungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Gaza. Nach Berichten von Gesprächspartnern bestanden 2024 nur sehr wenige Möglichkeiten für bezahlte Arbeit, verbunden mit Nahrungsmittel- und Wasserknappheit und einem äußerst geringen Bestand an noch unbeschädigten Gebäuden und Infrastrukturen. Die anhaltende Blockade verhinderte die Einfuhr neuer Ausrüstung, Werkzeuge und Materialien. Die von Israel entlang des Grenzzauns und der Küste Gazas durchgesetzte Pufferzone, in die Palästinenser nicht einreisen dürfen, wurde weiter ausgebaut.⁵⁰ Die Mission wurde darüber informiert, dass Palästinenser bei dem Versuch des Fischfangs getötet oder verletzt wurden und dass die Agrarwirtschaft nahezu komplett brach liegt, nicht zuletzt, weil die traditionelle Landwirtschaft oft in der Pufferzone betrieben wird, deren Grenzen schwer zu erkennen sind, da es keine Markierungen vor Ort gibt.
61. Alle Gesprächspartner aus Gaza, mit denen die Mission sprach, wollten arbeiten, und tatsächlich arbeiteten viele Gewerkschaftsfunktionäre, Unternehmer sowie Beschäftigte von Universitäten und lokalen nichtstaatlichen Organisationen ohne Bezahlung weiter. Im letztjährigen Bericht des

⁴⁸ OCHA, „Breakdown of data on demolition and displacement in the West Bank“, abgerufen am 21. März 2025.

⁴⁹ Sam Sokol, „Government backs bill restricting teachers educated in Palestinian universities“, *Times of Israel*, 23. Dezember 2024; Haaretz, Leitartikel, „Israeli Lawmakers Are Engaged in Academic Terror Against Arabs“, *Haaretz*, 31. Dezember 2024.

⁵⁰ Gisha, „The Ever-expanding Gaza Buffer Zone“, 30. Juni 2024, und „Changes to the Gaza “buffer zone” under the ceasefire agreement“ 15. März 2025.

Generaldirektors war von einem fast vollständigen Rückzug auf informelle oder unbezahlte Arbeit im Kontext des Krieges die Rede. Während des Waffenstillstands Anfang 2025 war eine leichte Verbesserung zu erkennen. Befreit vom Schatten der ständigen Angst öffneten einige Geschäfte und kleine Werkstätten wieder, es wurden Samen gepflanzt und grundlegende Arbeiten zur Instandsetzung einiger Arbeitsstätten aufgenommen. Der rudimentäre Schulunterricht in Schichten begann erneut, und die Universitäten eröffneten provisorische Lernräume.

62. Dennoch waren die Arbeitsstätten häufig unsicher und die Löhne niedrig und unberechenbar. Aufgrund des Mangels an zuverlässiger Stromversorgung, Kommunikation und Ausrüstung war dieser zaghafte Neustart von einem Wiederausbruch der Feindseligkeiten bedroht, und genau dieser Fall trat innerhalb weniger Tage nach dem Rückzug der Mission aus der Region auch ein. In Anbetracht dieser Umstände und vor dem Hintergrund einer fortwährenden Blockade durch Israel und der Auswirkungen einer langjährigen De-facto-Verwaltung durch die Hamas sind palästinensische Arbeitnehmer in Gaza nach wie vor anfällig für Ausbeutung. Rechtsstaatlichkeit – und damit die volle und wirksame Ausübung der Arbeitnehmerrechte – waren kaum gegeben.

Auf dem israelischen Arbeitsmarkt arbeitende Palästinenser

63. Auch 2024 hatte nur eine begrenzte Zahl von Palästinensern Zugang zu Arbeit in Israel. Mit einem Beschluss der israelischen Regierung vom 15. Mai 2024 wurden Schritte zur Erhöhung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte auf zuvor von Palästinensern besetzten Stellen formalisiert.⁵¹ Wenngleich israelische Arbeitgeberverbände und Regierungsvertreter bedauerlicherweise nicht mit der Mission zusammentrafen, wurde diese darüber informiert, dass einige Arbeitgeber die Rückkehr von Palästinensern zu einer Beschäftigung in Israel nach wie vor befürworteten, die truft auch auf Arbeitnehmerverbände wie der Gewerkschaftsbund Histadrut und die Arbeitnehmervereinigung MAAN zu. Im Jahresverlauf 2024 trat MAAN öffentlich für dieses Anliegen ein und unterstützte ihre seine Mitglieder weiterhin. Histadrut plante für 2025 die Wiederaufnahme der Schulungsprogramme für palästinensische Arbeitnehmer mit Schwerpunkt auf den Sektoren Hotelgewerbe und Industrie.
64. Die Auswirkungen der Entscheidung, palästinensische Arbeitnehmer grundsätzlich vom israelischen Arbeitsmarkt fernzuhalten, machten sich 2024 noch stärker bemerkbar. Gesprächspartner, die zuvor in Israel gearbeitet hatten, sprachen von einer verzweiferten finanziellen Lage, in der ihre Ersparnisse aufgebraucht und nur wenige Arbeitsmöglichkeiten vorhanden waren. Einige Arbeitnehmer gaben gegenüber der Mission an, dass sie noch immer auf die ihnen für die letzten Wochen vor dem 7. Oktober 2023, in denen sie in Israel gearbeitet hätten, zustehenden Löhne warteten.
65. In diesem Zusammenhang erwiesen sich die Ansprüche aus der israelischen Sozialversicherung als lebenswichtige Stütze. Eine große, jedoch unbekannte Zahl ehemaliger Arbeitnehmer, von denen angenommen wird, dass sie das Rentenalter erreicht haben und somit Leistungen beanspruchen könnten, hat ihre Ansprüche vermutlich aus Unkenntnis nicht geltend gemacht.⁵² Nachdem israelische nichtstaatliche Organisationen entsprechende Überzeugungsarbeit geleistet hatten, wurden die Leistungszahlungen für einige der wenigen hundert Arbeitnehmer aus Gaza, deren israelische Rentenleistungen und Leistungen bei Arbeitsunfällen Ende 2023 eingestellt worden waren, Ende 2024 wieder aufgenommen und über Bankkonten im Westjordanland abge-

⁵¹ Regierung Israels, [Beschluss Nr. 1752: Effizienz und Verbesserung der Überwachung und Durchsetzung der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer und Änderung von Regierungsbeschlüssen](#) (auf Hebräisch), 15. Mai 2024.

⁵² Seit vielen Jahren weist der Generaldirektor in seinen Berichten darauf hin, dass nur wenige Palästinenser, die in Israel gearbeitet haben, Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenleistungen aus dem israelischen Sozialversicherungssystem erhalten.

wickelt. Darüber hinaus hatten bis Oktober 2024 etwa 61.000 Palästinenser, die am 6. Oktober 2023 in Israel erwerbstätig waren, mangels Alternativen ihr Arbeitsverhältnis mit ihren Arbeitgebern gekündigt und sich ihre Rentenansprüche auszahlen lassen, anstatt auf die ausstehenden Rentenzahlungen zu warten, wie es weitere 20.000 im Oktober 2023 nicht erwerbstätige Palästinenser getan hatten.⁵³ Angesichts komplizierter Verfahren ließen sich die Arbeitnehmer bei der Auszahlung jedoch häufig durch Rechtsanwälte unterstützen, wobei sie bis zu zwei Drittel an Gebühren sowie ihre künftige Alterssicherung einbüßten.

66. Palästinensische Arbeitnehmer maßen den wenigen vorhandenen Arbeitsgenehmigungen für Israel hohen Wert bei. Etwa 8.000 Palästinenser verfügten offenbar über Genehmigungen auf der Grundlage des Rundschreibens der Regierung aus dem Jahr 2023, wonach eine Erwerbstätigkeit in bestimmten Sektoren außerhalb der Landwirtschaft und des Baugewerbes zulässig ist, und eine unbekannte Zahl arbeitete in Israel vermutlich mit anderen Genehmigungen, die in einigen Fällen anscheinend von den Sicherheitskräften ausgestellt worden waren. Darüber hinaus dürfen Palästinenser, die in israelischen Siedlungen arbeiten, dies nach dem Ermessen der dortigen Sicherheitskoordinatoren tun, allerdings ohne klare Arbeitnehmerrechte. Die Beschäftigung wird in der Regel durch Beziehungen erlangt und ist oft prekär.
67. Eine große Zahl von Palästinensern, die in Israel arbeiten, hat dafür keine Genehmigung und bleibt oft viele Monate lang illegal im Land. Einige Arbeitnehmer zahlten Vermittlern beträchtliche Beträge in der Hoffnung auf eine Genehmigung zur Einreise nach Israel für medizinische oder andere nicht arbeitsbezogene Zwecke, doch kam diese Genehmigung nicht immer zustande. Andere Arbeitnehmer bezahlten für Hilfe bei der Einreise nach Israel ohne Genehmigung, indem sie Leitern und Seile benutzten, durch Löcher in den Sperranlagen kletterten oder in Fahrzeugen eingeschleust wurden. In den ersten drei Monaten des Jahres 2025 wurden über 4.000 palästinensische Arbeitnehmer wegen unerlaubten Aufenthalts in Israel festgenommen, und gegen die meisten von ihnen wurden Strafverfahren eingeleitet. Einige wurden ohne Anklage für mehrere Tage inhaftiert, andere zu Freiheitsstrafen von bis zu einem Jahr verurteilt.⁵⁴ Undokumentierte Arbeitnehmer, denen die Einreise nach Israel gelang, berichteten von Prekarität und schlechten Arbeitsbedingungen. Sie verdienten nur die Hälfte des Lohns von Beschäftigten mit einer Arbeitsgenehmigung und waren oft im Hinterzimmer tätig, um nicht entdeckt zu werden.
68. Die Verzweiflung palästinensischer Arbeitnehmer schmälert ihre Fähigkeit, ihre Arbeitnehmerrechte in Israel geltend zu machen. Trotz einer rückläufigen Zahl der in Israel arbeitenden Palästinenser kamen im Jahresverlauf 2024 nach Angaben von Kav LaOved 14 palästinensische Arbeitnehmer bei Arbeitsunfällen in Israel ums Leben, was 20 Prozent aller tödlichen Arbeitsunfälle in Israel ausmachte. Einige Gesprächspartner wiesen darauf hin, dass palästinensische Arbeitnehmer in Israel aus Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes weniger Handhabe für Beschwerden über schlechte Arbeitsbedingungen haben.
69. Schließlich befand sich im März 2025 von den Tausenden palästinensischen Arbeitnehmern, die Ende 2023 während ihres legalen Aufenthalts in Israel von israelischen Sicherheitskräften festgenommen worden waren, eine unbekannte Zahl noch immer in Haft.⁵⁵

⁵³ Daten der israelischen Behörde für Bevölkerung, Immigration und Grenzen, die der israelischen nichtstaatlichen Organisation Kav LaOved auf ein nach dem Informationsfreiheitsgesetz von 1998 eingereichten formellen Auskunftersuchen übermittelt wurden.

⁵⁴ Josh Breiner, „Israel Police Chief Prioritizes Arresting Palestinians Without Permits Over Tackling Serious Crime“, *Haaretz*, 26. März 2025.

⁵⁵ B'Tselem, *Welcome to Hell: The Israeli Prison System as a Network of Torture Camps*, August 2024, 14.

► Kapitel 4. Arbeitsmarktsteuerung zugunsten von Resilienz und Erholung

- 70.** Wenngleich beim Aufbau palästinensischer Institutionen unter der Besatzung regelmäßig Herausforderungen auftraten, werden die Bemühungen der Palästinensischen Behörde und der Sozialpartner aufgrund der Entwicklungen seit Oktober 2023 in einem bislang ungekannten und über die seit Langem bestehenden Einschränkungen der Palästinensischen Behörde hinsichtlich ihrer Einflussnahme in Gaza hinausreichenden Ausmaß gehemmt.
- 71.** Da die Palästinensische Autonomiebehörde ihren Schwerpunkt auf die Erarbeitung von Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der sich abzeichnenden humanitären und sozioökonomischen Krise verlagerte, war sie nicht in der Lage, wichtige nationale Politikrahmen wie das Programm für menschenwürdige Arbeit 2021–2025 und die Nationale Beschäftigungsstrategie 2023–2025 wie geplant weiterzuverfolgen. Bestimmte Interventionen, häufig im Zusammenhang mit der Krisenreaktion und der Planung für die Erholung, wurden jedoch aufrechterhalten. Die im Oktober 2024 eingeleitete Entwicklungs- und Reformagenda beinhaltet gesonderte Sozialschutz- und Bildungsinitiativen sowie einen Schwerpunkt auf der Förderung der Unternehmensentwicklung und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit.⁵⁶ Allerdings wird die Umsetzung der Agenda durch die institutionelle Fragilität der Behörde gravierend erschwert.

Palästinensische Institutionen und Sozialpartner bei der Krisenbewältigung

- 72.** Nach dem Waffenstillstand im Januar 2025 richtete die Palästinensische Autonomiebehörde eine Kommandozentrale für Soforteinsätze in Gaza ein, in der wichtige Ministerien und Institutionen zusammenarbeiten, um gemeinsam mit UN-Partnern eine koordinierte Reaktion auf die humanitäre Krise zu ermöglichen. Unter der Leitung des Arbeitsministeriums überwacht der Palästinensische Beschäftigungsfonds die Koordinierung und Durchführung von Sofortprogrammen für Beschäftigung in Gaza. Die IAO hat dem Fonds entscheidende fachliche Unterstützung bei der Durchführung einer Sofort-Beschäftigungsinitiative in Gaza und im Westjordanland gewährt. Bis März 2025 wurden im Rahmen dieser Zusammenarbeit über 1.200 Arbeitsplätze geschaffen, vor allem in den Bereichen öffentliche Arbeiten, Gesundheitswesen und Abwasserentsorgung.
- 73.** Die wirtschaftliche und humanitäre Krise im Westjordanland und in Gaza beeinträchtigt die Fähigkeit des Palästinensischen Allgemeinen Gewerkschaftsbunds (PGFTU) und des Verbands der palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), ihre jeweiligen Aktivitäten durchzuführen und ihre Mitglieder wirksam zu unterstützen, nach wie vor erheblich. Die Räumlichkeiten der Sozialpartner wurden beschädigt oder zerstört. Vertreter der FPCCIA betonten, wie wichtig es sei, den palästinensischen Privatsektor in Sofort-, Erholungs- und Wiederaufbaumaßnahmen einzubeziehen, und forderten einen Handelskorridor zwischen dem Westjordanland und Gaza.

⁵⁶ Büro des Ministerpräsidenten, „Draft of the First Phase of the 'National Program for Development and Reform'“, 28. Oktober 2021.

Sozialschutz als lebenswichtige Stütze

74. Angesichts der kriegsbedingt rasch zunehmenden Armut und der exponentiell steigenden Arbeitslosigkeit tritt die Notwendigkeit von Sozialhilfe als lebenswichtiger Stütze bis zur Erholung des Arbeitsmarkts noch stärker zutage, insbesondere für Gaza. Das 2010 ins Leben gerufene nationale Programm für Transferzahlungen hat bislang rund 115.000 in Armut lebende Haushalte erreicht. Seit Oktober 2023 sind die Zahlungen jedoch auf das Westjordanland beschränkt. Im August 2024 legte das Ministerium für soziale Entwicklung ein Programm für monatliche Sozialbeihilfen für ältere Menschen und Menschen mit schweren Behinderungen auf. Bis Februar 2025 kam diese neue Regelung 18.242 älteren Menschen und 14.697 Menschen mit Behinderungen im Westjordanland zugute.⁵⁷ Ein kleineres Pilotprojekt zur Ausweitung dieser Beihilfen auf Gaza wurde vorbereitet.⁵⁸
75. Ohne wirtschaftliche Erholung wird es nicht möglich sein, die derzeitigen sozioökonomischen Anfälligkeiten und das Armutsniveau zu beheben. Genau jetzt ist jedoch eine Ausweitung der Sozialhilfe für besondere verwundbare Menschen, darunter für neu verwitwete Frauen und andere Personen, die ihre Unterstützungsnetzwerke infolge des Krieges in Gaza verloren haben, dringend erforderlich. Zusätzliche Mittel werden benötigt, damit das nationale Programm für Transferzahlungen die Leistungen in angemessener Höhe und regelmäßigen Abständen an die Begünstigten auszahlen kann. Eine enge Abstimmung zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und den humanitären Akteuren, die Sozialtransfers anbieten, ist nach wie vor wesentlich, um Effizienz zu gewährleisten und eine Fragmentierung des palästinensischen Sozialschutzsystems zu vermeiden, auch indem der Nexus von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit genutzt wird.
76. Im Februar 2025 erließ Präsident Abbas ein Gesetzesdekret, das eine Einstellung der Zahlungen aus dem Märtyrerfonds vorsieht.⁵⁹ Stattdessen sollen alle anspruchsberechtigten Personen Sozialbeihilfen über das nationale Programm für Transferzahlungen auf der Grundlage eines Katalogs bedarfsorientierter Kriterien erhalten.
77. Abgesehen von der Dringlichkeit der Bereitstellung beitragsunabhängiger Sozialhilfe ist die Ausweitung der obligatorischen Sozialversicherung auf den Privatsektor ein seit Langem verfolgtes Ziel. Ein umfassender dreigliedriger Konsultationsprozess mündete 2023 in einen vorläufigen Konsens über ein revidiertes Sozialversicherungsgesetz. Sobald das Gesetz verabschiedet ist und in Kraft tritt, sollen schrittweise Mutterschafts-, Arbeitsunfall- und Arbeitslosenversicherung, Krankengeld, Krankenversicherung und Altersrenten eingeführt werden. Derzeit ist der Prozess zur Annahme und Durchführung des revidierten Gesetzes allerdings ausgesetzt.

Sicherung und Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten

78. Die dringende Notwendigkeit, die erschreckend hohe Arbeitslosigkeit im besetzten palästinensischen Gebiet anzugehen, ist nicht der einzige Grund für Interventionen zur Förderung einer beschäftigungsintensiven Erholung. Durch ihre Beteiligung am Wiederaufbau können palästinensische Frauen und Männer ihre Handlungsfähigkeit wiedererlangen, ein Ziel, das von einigen Gesprächspartnern als unerlässlich für ihre Widerstandsfähigkeit und die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft hervorgehoben wurde. Gesprächspartner aus Gaza erklärten der Mission, dass

⁵⁷ IAO, „ILO ERP Recovery Programme: Progress update on ILO emergency recovery efforts in the Occupied Palestinian Territory“, 5.

⁵⁸ IAO, „Palestinian authority Allocates Domestic Funding for Social Allowances Supporting Persons with Disabilities and Older Persons in the West Bank“, 4. Dezember 2024.

⁵⁹ Palästinensische Nachrichten- und Informationsagentur (WAFA), „President Mahmoud Abbas Issues Decree-Law Restructuring the Social Welfare System“, 10. Februar 2025.

Arbeit auch eine Möglichkeit darstelle, einen Beitrag zu ihrer Gemeinschaft zu leisten sowie ein Gefühl von Hoffnung und Sinnhaftigkeit zu bewahren.

79. Verschiedene Institutionen bemühen sich darum, die Schaffung von Arbeitsplätzen im besetzten palästinensischen Gebiet zu fördern. Im Jahresverlauf 2024 schuf der Palästinensische Beschäftigungsfonds rund 4.400 Arbeitsplätze und bezahlte Ausbildungsmöglichkeiten und unterstützte darüber hinaus rund 360 kleinere unternehmerische Projekte. Die Behörde für genossenschaftliche Arbeit hat ein Sofortprogramm zur Unterstützung der vom Krieg betroffenen Genossenschaften in Gaza aufgelegt. Der im Oktober 2023 von der Palästinensischen Währungsbehörde eingerichtete Fonds Istidama Plus stellte weiterhin finanzielle Unterstützung für Unternehmer bereit, um Geschäftskontinuität zu gewährleisten, Entlassungen zu verhindern und neue beschäftigungswirksame Projekte zu fördern. Bis März 2025 hatte der Fonds etwa 200 Projekte mit Finanzmitteln in Höhe von 357 Millionen Schekel unterstützt.⁶⁰
80. Tausende Menschen haben infolge des Krieges in Gaza schwere Behinderungen davongetragen und benötigen nicht nur Nahrungsmittelhilfe, finanzielle Unterstützung sowie medizinische und psychologische Betreuung, sondern auch Rehabilitation und Hilfe bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt.⁶¹ Zusätzlich zur geplanten Einführung von Sozialhilfeszahlungen für Menschen mit Behinderungen in Gaza fördert das Arbeitsministerium Investitionen in die digitale Kompetenz, die diesen Menschen neue Möglichkeiten für den Zugang zu Arbeitsplätzen in der globalen digitalen Wirtschaft eröffnen kann.
81. Die anhaltend niedrige Erwerbsbeteiligung palästinensischer Frauen droht sich infolge des Krieges in Gaza und der damit verbundenen Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt, der Ausweitung der von den israelischen Sicherheitskräften verhängten Beschränkungen für die Bewegungsfreiheit im Westjordanland und der sich verschärfenden wirtschaftlichen und humanitären Krise weiter zu verfestigen. Die Gesprächspartner der Mission empfahlen, im Kontext der Erholung und des Wiederaufbaus die Beiträge von Frauen umfassend zu nutzen und dabei unter anderem mehr Absolventinnen technischer Fächer in eine Beschäftigung zu vermitteln, digitale Qualifikationen zu fördern, die Unterstützung für Unternehmerinnen auszuweiten, den Zugang zu Finanzmitteln zu gewährleisten und den Mangel an Betreuungsangeboten anzugehen.
82. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) spielt eine wichtige Rolle als Arbeitgeber, insbesondere für palästinensische Frauen, die in vielen Fällen in seinen Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen tätig sind. Allein in Gaza beschäftigt das UNRWA rund 18.000 Mitarbeiter und Auftragnehmer, deren Löhne den Lebensunterhalt von über 100.000 Menschen sichern.⁶² Ende Januar 2025 traten israelische Rechtsvorschriften in Kraft, die dem UNRWA eine Tätigkeit auf israelischem Gebiet und den israelischen Behörden jeglichen Kontakt mit dem UNRWA untersagen.⁶³ Im Zuge von Maßnahmen zur rascheren Durchsetzung dieser Rechtsvorschriften sind die Aktivitäten des UNRWA, darunter seine Rolle als Arbeitgeber, der zur wirtschaftlichen Sicherheit palästinensischer Familien beiträgt, zunehmend gefährdet.

⁶⁰ Mitteilung der Palästinensischen Währungsbehörde vom 27. März 2025.

⁶¹ OCHA, „Humanitarian Situation Update #245 – Gaza Strip“, 10. Dezember 2024.

⁶² UN News, „How has the war in Gaza affected UNRWA's ability to support Palestinians?“, 6. November 2024.

⁶³ In einer Presseerklärung äußerte der UN-Sicherheitsrat seine tiefe Besorgnis über die Annahme des Gesetzes: „[Presseerklärung des Sicherheitsrats zum Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten \(UNRWA\)](#)“, 30. Oktober 2024.

Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung

83. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise sind Interventionen zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung im besetzten palästinensischen Gebiet nicht nur dringend erforderlich, sondern auch von hoher strategischer Bedeutung. Die meisten Berufsbildungszentren sowie Fach- und Hochschulen mit beruflichen Aus- und Weiterbildungsangeboten in Gaza wurden beschädigt oder zerstört. Die noch bestehenden Einrichtungen dienen heute oft als Unterkünfte für Binnenvertriebene.⁶⁴
84. Neben einer Höherqualifizierung und Umschulung, die Arbeitnehmern die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt erleichtern soll, wird es entscheidend wichtig sein, die Beeinträchtigungen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung für junge Frauen und Männer in Gaza und im Westjordanland, die erstmals eine Beschäftigung suchen, zu überwinden. Indem von Konflikten betroffene Jugendliche Ausbildungsmöglichkeiten erhalten, können sie bei der Traumabewältigung und der Zukunftsplanung unterstützt werden.
85. Wie die Gesprächspartner der Mission betonten, erfordert der Wiederaufbau die Wiederherstellung und Modernisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie eine berufliche Aus- und Weiterbildung in relevanten Berufen und Handwerken. In der vorläufigen Schnellbewertung der Schäden und des Bedarfs wurden berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote in den Bereichen Informationstechnologie, Gesundheitswesen und erneuerbare Energien gefordert.⁶⁵ Der Privatsektor und die Gewerkschaften müssten eine zentrale Rolle dabei spielen, Qualifikationslücken zu ermitteln und die berufliche Aus- und Weiterbildung für Lernende, Lehrkräfte und Unternehmen gleichermaßen attraktiv zu gestalten. Eine Ausrichtung der Lehrpläne auf Qualifikationen für die Gründung und Führung von Unternehmen würde zur Schaffung erfolgreicher Unternehmen beitragen.

Reform des Arbeitsrechts und Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten

86. Trotz des insgesamt widrigen Umfelds setzte das Arbeitsministerium seine Konsultationen mit repräsentativen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden unter Nutzung der etablierten Mechanismen des sozialen Dialogs fort, um den Prozess der Reform des Arbeitsrechts abzuschließen. Über mehrere Aspekte der Reform, darunter Bestimmungen zu Kündigungen, wirtschaftlicher Umstrukturierung, Abfindungen und Mutterschutz, wurde noch keine Einigung erzielt. Ein intensiver sozialer Dialog kann entscheidend dazu beitragen, für alle Seiten akzeptable Lösungen zu finden. Andere Gesetzesreformen, darunter die Stärkung des rechtlichen Schutzes vor Diskriminierung, Gewalt und Belästigung sowie die Reform des Gewerkschaftsgesetzes, liegen nach wie vor auf Eis.
87. Die Arbeitsaufsichtsbehörden im Westjordanland nehmen ihre Aufgaben fortgesetzt wahr, wenn auch in begrenztem Rahmen. Nicht nur aufgrund des Mangels an Aufsichtsbeamten und Fahrzeugen, sondern auch infolge der Unfähigkeit der Palästinensischen Behörde, ihre Mitarbeiter in voller Höhe zu bezahlen, und der Verkürzung der Arbeitszeit der Beamten ist der Umfang der Arbeitsaufsichtstätigkeiten eingeschränkt. Die Arbeitsaufsichtsbehörde leitet nach wie vor Fälle an die Gerichte weiter, doch diese sind nicht in der Lage, sie zeitnah zu bearbeiten. Die Einrichtung

⁶⁴ Weltbank, EU und UN, *Gaza and West Bank Interim Rapid Damage and Needs Assessment*, Abs. 24 und 97.

⁶⁵ *Gaza and West Bank Interim Rapid Damage and Needs Assessment*, 57.

spezieller Arbeitsgerichte im Hinblick auf einen besseren Zugang zur Arbeitsgerichtsbarkeit ist weiterhin ein vom Arbeitsministerium verfolgtes Ziel.

- 88.** In Gaza hemmt das Fehlen einer funktionierenden Arbeitsverwaltung und Arbeitsmarktsteuerung den Schutz der Arbeitnehmerrechte. Im aktuellen Kontext wird dadurch auch die Bekämpfung des zunehmenden Risikos von Kinderarbeit erschwert. Die Zahl der unbegleiteten und von ihren Familien getrennten Kinder in Gaza, die besonders anfällig für Praktiken der Kinderarbeit sind, wird auf 17.000 bis 18.000 geschätzt.⁶⁶

⁶⁶ Gaza and West Bank Interim Rapid Damage and Needs Assessment, Abs. 24.

► Kapitel 5. Arbeitnehmer des besetzten syrischen Golan

89. Der seit 1967 besetzte syrische Golan wurde 1981 von Israel annektiert. Nach der Resolution 497 (1981) des UN-Sicherheitsrats ist der Beschluss Israels, den besetzten syrischen Golan seinem Recht, seiner Rechtsprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, null und nichtig und ohne völkerrechtliche Wirkung. Am 4. Dezember 2024 forderte die UN-Generalversammlung Israel abermals auf, die Änderung des äußeren Erscheinungsbilds, der demografischen Zusammensetzung, der institutionellen Struktur und des Rechtsstatus des besetzten syrischen Golan und insbesondere die Errichtung von Siedlungen zu unterlassen.⁶⁷
90. Im gesamten Jahresverlauf 2024 und Anfang 2025 waren Arbeitnehmer und Arbeitgeber im besetzten syrischen Golan von den grenzüberschreitenden Feindseligkeiten entlang der israelisch-libanesischen Grenze sowie von den Entwicklungen in der Arabischen Republik Syrien betroffen. Im Dezember 2024 drangen israelische Streitkräfte in die entmilitarisierte Pufferzone zwischen Israel und der Arabischen Republik Syrien ein und verstießen damit gegen das Truppenentflechtungsabkommen von 1974.⁶⁸ Unter Verstoß gegen die Resolution 2766 (2024) des UN-Sicherheitsrats errichteten die israelischen Behörden militärische Außenposten in der Pufferzone⁶⁹ und erklärten, dass die israelischen Streitkräfte unter Berufung auf Sicherheitsanliegen und die Notwendigkeit, die israelischen und drusischen Gemeinschaften in dem Gebiet und seinem Umkreis zu schützen, auf unbestimmte Zeit dort verbleiben würden.⁷⁰ Berichten zufolge müssen Arbeitnehmer, Arbeitgeber und andere in der Pufferzone lebende Zivilpersonen Ausgangssperren, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Zerstörungen der Infrastruktur, Vertreibung und Beschränkungen des Zugangs zu ihrem Grund und Boden hinnehmen.⁷¹
91. Im Dezember 2024 genehmigten die israelischen Behörden zudem Haushaltsmittel in Höhe von 40 Millionen Schekel (11 Millionen US-Dollar) für den Ausbau der Siedlungen im besetzten syrischen Golan, eine Änderung des 2021 von der israelischen Regierung angekündigten Plans, durch erhebliche Investitionen in diesem Gebiet die Zahl der Siedler bis 2027 zu verdoppeln.⁷² Anfang 2024 betrug die Einwohnerzahl des besetzten syrischen Golan insgesamt 56.900, von denen 28.800 Siedler und 27.400 syrische Staatsbürger waren.⁷³ Dies stellt eine Veränderung gegenüber dem Vorjahr dar, als die Zahl der Siedler mit 27.000 der Zahl der Syrer entsprach.⁷⁴
92. Auch 2024 konnten sich die Syrer im besetzten syrischen Golan aufgrund struktureller Herausforderungen und begrenzter wirtschaftlicher Möglichkeiten, unter anderem infolge der Sicherheitslage, die insbesondere den Tourismus stark beeinträchtigt hatte, nur eingeschränkt am Erwerbs-

⁶⁷ UN-Generalversammlung, [The Occupied Syrian Golan](#), Resolution 79/90, 4. Dezember 2024, Abs. 2.

⁶⁸ UN, „[Daily Press Briefing by the Office of the Spokesperson for the Secretary-General](#)“, 9. Dezember 2024.

⁶⁹ Yaniv Kubovich und Avi Scharf, „[Satellite Images Reveal Israel Built Seven Outposts in Syria](#)“, *Haaretz*, 18. Februar 2025.

⁷⁰ Emanuel Fabian, „[Defense Minister, in Syria Buffer Zone, Says IDF to Stay Indefinitely](#)“, *Times of Israel*, 28. Januar 2025.

⁷¹ Siehe beispielsweise: Al-Marsad, „[The Syrian Golan – The Twice-Forgotten Occupation: The Rights of Golan Syrians Must Be Respected](#)“, 2. Februar 2025.

⁷² Jonathan Lis und Adi Hashmonai, „[Netanyahu's Plan to Develop Golan Heights Is Actually an Amendment to a Decision by the Bennett Gov't](#)“, *Haaretz*, 17. Dezember 2024.

⁷³ Israelisches Zentralamt für Statistik (CBS), „[Population – Statistical Abstract of Israel 2024, No. 75](#)“, 2. Juli 2024.

⁷⁴ Für die Zwecke der Datenanalyse wird die Bezeichnung „Araber“ stellvertretend für die syrischen Bürger des Golan verwendet.

leben beteiligen. Die Erwerbsquote der Syrer betrug schätzungsweise 52,3 Prozent, bei einer Arbeitslosenquote von 4,0 Prozent.⁷⁵

93. Die Erwerbsquote syrischer Männer betrug 64,7 Prozent und war damit fast 1,7-mal höher als die syrischer Frauen, die bei 37,9 Prozent lag. Syrische Frauen waren überwiegend in Lohnarbeit anzutreffen (93 Prozent), zumeist in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales. Ein geringerer Anteil der Männer war in Lohnarbeit beschäftigt (66 Prozent), während die verbleibenden 34 Prozent einer selbstständigen Tätigkeit oder einer Tätigkeit als Arbeitgeber nachgingen. Syrische Männer waren stärker über verschiedene Branchen verteilt, darunter das Baugewerbe (31 Prozent), das Verarbeitende Gewerbe (13 Prozent) und die Landwirtschaft (10 Prozent).
94. Seit 2013 ist der Grenzübergang Quneitra geschlossen, wodurch der Güter- und Personenverkehr zwischen dem besetzten syrischen Golan und der Arabischen Republik Syrien eingeschränkt ist. Nach dem Einmarsch israelischer Streitkräfte in die Pufferzone haben die israelischen Behörden Führungspersonlichkeiten der drusischen Gemeinschaft, die aus der Arabischen Republik Syrien stammen, die Einreise in den besetzten syrischen Golan zu Pilgerzwecken gestattet.⁷⁶ Zudem haben die israelischen Behörden Maßnahmen erörtert, die in der Pufferzone lebenden Syrern die Einreise in den besetzten syrischen Golan für eine Beschäftigung in der Landwirtschaft oder im Siedlungsbau ermöglichen würden.⁷⁷

⁷⁵ CBS, Daten der israelischen Arbeitskräfteerhebung im Golan, wie vom CBS am 20. März 2025 per E-Mail an die Mission mitgeteilt.

⁷⁶ *Times of Israel*, „New Chapter: Syrian Druze Clerics Enter Israel for First Pilgrimage Since 1948“, 14. März 2025.

⁷⁷ *Times of Israel*, „IDF Reportedly Offering Syrians from Buffer Zone Work in Israel“, 25. Februar 2025.

► Kapitel 6. Auf dem Weg zu einer Agenda für Arbeitsplätze in Palästina

95. Gaza ist nahezu vollständig zerstört. Die Wirtschaft liegt brach, Arbeitsplätze gibt es kaum, und Arbeitnehmerrechte erweisen sich als illusorisch. Auch das Westjordanland konnte sich der Abwärtsspirale aus Gewalt, wirtschaftlicher Depression und Arbeitsplatzverlusten nicht entziehen. Die Besatzung wurde verschärft, und die Siedlungen werden weiter ausgebaut. Im gesamten besetzten palästinensischen Gebiet vollzieht sich ein wirtschaftlicher und sozialer Zusammenbruch.
96. Doch trotz dieser düsteren Lage ist es wichtig, die Hoffnung nicht aufzugeben, nach vorn zu schauen und Pläne für eine bessere Zukunft zu schmieden. Es gilt, sicherzustellen, dass die Erholung Palästinas beschäftigungsintensiv und rechteorientiert verläuft, dass die Palästinenser uneingeschränkt zum Wiederaufbau beitragen können und dass die Wiederherstellung des Arbeitsmarkts Arbeitnehmern, Arbeitgebern und ihren Familien zugutekommt.
97. Eine nennenswerte Erholung ist nur möglich, wenn die Gewalt beendet ist und alle verbleibenden Geiseln freigelassen werden. Eine dauerhafte politische Lösung des Konflikts ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass die Bemühungen um Erholung und Entwicklung zu nachhaltigen und inklusiven Ergebnissen führen. Nur ein Kurs, der auf den anerkannten Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Dialogs beruht, kann nachhaltige Chancen für einen Wiederaufbau und eine Erholung des Arbeitsmarkts eröffnen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen.
98. Zur Förderung einer beschäftigungsorientierten Erholung sollten die nachstehenden zehn Agendapunkte vorrangig verfolgt werden. Alle Elemente sind gleichermaßen wichtig und nicht hierarchisch geordnet. Vor allem ergänzt die vorgeschlagene Agenda die derzeitigen Pläne für Erholung und Wiederaufbau und zielt darauf ab, Arbeitsmarktbelange von Anfang an in künftige Planungs- und Programmprozesse einzubeziehen, damit möglichst viele Arbeitsplätze geschaffen, Rechte geschützt und menschenwürdige Arbeitsbedingungen gewährleistet werden können.
99. Die IAO ist bereit, die nachstehenden Agendapunkte zu fördern, Ressourcen für ihre Umsetzung zu mobilisieren sowie Politikberatung und Entwicklungshilfe zu leisten. Eine wirksame Unterstützung setzt jedoch den ungehinderten Zugang und die uneingeschränkte Zusammenarbeit aller Beteiligten voraus.
100. **Die Beschäftigung in der Landwirtschaft, der Gesundheitsversorgung und dem Bildungswesen in Gaza rasch wiederherstellen:** In den frühen Phasen der Erholung muss der Zugang zu Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung und Schulbildung dringend wiederhergestellt werden. Finanzielle Hilfe zur Reparatur oder Ersetzung beschädigter oder zerstörter landwirtschaftlicher und fischereilicher Anlagen sollte bereitgestellt und angemessener Zugang zu Fischereizonen und landwirtschaftlichen Flächen gewährleistet werden. Sowohl der Gesundheits- als auch der Bildungssektor haben stark unter dem Krieg gelitten, und ihre zentrale Infrastruktur liegt nun in Trümmern. Investitionen in allen drei Sektoren und die Beseitigung von Versorgungsengpässen bieten ein beachtliches Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen.
101. **Den Wiederaufbau der Infrastruktur beschäftigungsintensiv gestalten:** Sobald die Trümmer beseitigt sind und der Wiederaufbau ernsthaft beginnen kann, müssen Kapital- und Beschäftigungsintensität in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden. Beim Wiederaufbau der Infrastruktur müssen palästinensische Arbeitskräfte und Auftragnehmer vorrangig eingesetzt und nach Möglichkeit lokal beschaffte Materialien unter Ausweitung der Lieferkettenverbindungen mit dem Westjordanland verwendet werden. Im Baugewerbe könnten rund 200.000 Arbeitsplätze

geschaffen werden,⁷⁸ was erhebliche Multiplikatoreffekte für damit verbundene wirtschaftliche Tätigkeiten hätte. Entscheidend wichtig für den Wiederaufbau ist die Stärkung des Handwerks durch berufliche Aus- und Weiterbildung. Die globalen Erfahrungen von Ländern, die Krisen und Konflikte überwunden haben, sollten als Richtschnur für die Einrichtung skalierbarer beschäftigungsintensiver Infrastrukturprogramme dienen, bei denen faire Löhne und robuste Arbeitsschutzstandards gewährleistet werden, ohne die rasche Projektausführung zu behindern.

- 102. Den Privatsektor unterstützen:** Der Privatsektor musste seit Oktober 2023 gewaltige Verluste hinnehmen, sowohl in Bezug auf zerstörte oder beschädigte Vermögenswerte als auch hinsichtlich entgangener Einnahmen. Der Sektor, zu dem Kleinst-, kleinen und Mittelunternehmen zählen, sollte bei den Wiederaufbaubemühungen und der Sanierung des Arbeitsmarkts eine Schlüsselrolle spielen. Finanzielle Unterstützung in Form von Darlehensgarantien, Zugang zu erschwinglichen Kreditlinien und der Beseitigung kostspieliger Hindernisse für den Zugang zu Lieferanten und Märkten muss bereitgestellt werden, um dem Privatsektor eine rasche Erholung zu ermöglichen.
- 103. Die wirtschaftliche Selbstbestimmung von Frauen stärken:** Frauen sind auf dem palästinensischen Arbeitsmarkt traditionell unterrepräsentiert und überwiegend in einen wenigen Sektoren wie der Gesundheitsversorgung und dem Bildungswesen anzutreffen. Es ist höchste Zeit, dass Hindernisse für das Unternehmertum und die Beschäftigung von Frauen sowohl im Recht als auch in der Praxis beseitigt werden. Palästinensische Frauen verfügen im Durchschnitt über einen hohen Bildungsstand, und die Zahl von Frauen mit Abitur oder Hochschulabschluss übersteigt die der Männer. Diese Qualifikationen müssen für den Wiederaufbau genutzt werden.
- 104. Den Sozialschutz ausweiten:** Ein großer Teil der palästinensischen Bevölkerung wird mittlerweile als arm eingestuft. Viele benötigen dringend Hilfe in Form von Geldleistungen. Vom Krieg betroffene Gruppen, etwa Kinder, Haushalte von Alleinerziehenden und Menschen mit Behinderungen, sind besonders bedürftig. Die derzeitigen Programme für Transferzahlungen sollten drastisch ausgeweitet werden, was eine starke Unterstützung seitens der Geber erfordert. Unterdessen sind die Bemühungen um die Einführung einer Sozialversicherung für Arbeitnehmer im Privatsektor seit Oktober 2023 nicht vorangekommen. Es ist wichtig, den Reformen neue Dynamik zu verleihen und die Initiative, an der seit mehr als zehn Jahren gearbeitet wird, zu realisieren. Konsensbildung im Wege des dreigliedrigen Dialogs wird für das Gelingen dieses Unterfangens ausschlaggebend sein. Bei einer korrekten Umsetzung der Reformen werden sowohl die Arbeitnehmer als auch der Privatsektor davon profitieren.
- 105. Kinderarbeit verhüten:** Früher war die Quote der Kinderarbeit im besetzten palästinensischen Gebiet vergleichsweise niedrig. Eine Kultur, in der die allgemeine und berufliche Bildung gefördert und hervorgehoben wurde, wirkte als entscheidender Puffer. Nun besteht die Gefahr, dass Kinderarbeit im unmittelbaren Gefolge der Krise wieder stark zunimmt. Beim Wiederaufbau von Gaza sollten die dringende Wiederherstellung des Schulwesens, der Wiederaufbau der Infrastruktur und die Verhütung von Kinderarbeit Hand in Hand gehen. Besondere Aufmerksamkeit muss den Tausenden gerade verwaisten Kindern gewidmet werden.
- 106. Die Arbeitsmarktsteuerung stärken:** Die Reform des Arbeitsrechts, die seit Jahren im Gang ist, sollte zu Ende geführt werden. Für eine Wiederbelebung des palästinensischen Arbeitsmarkts im Kontext von Erholung und Wiederaufbau werden neben einer soliden und aktualisierten Rechtsgrundlage eine wirksame Arbeitsverwaltung sowie wirksame Streitbeilegungs- und Durchsetzungsmechanismen benötigt. Ebenso wichtig ist es, der Stärkung der für Arbeitsmarktdienste

⁷⁸ Arabische Staaten, „Early Recovery, Reconstruction, and Development of Gaza“, 56.

zuständigen Institutionen Vorrang einzuräumen. Eine gute Arbeitsmarktsteuerung, die sich auf starke und repräsentative Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie auf wirksame dreigliedrige Konsultationen stützt, ist für die Erholung, den Wiederaufbau und eine nachhaltige Entwicklung unerlässlich.

- 107. Rentenzahlungen über die Grüne Linie hinweg erleichtern:** Jahrzehntelang haben Hunderttausende in Israel beschäftigte palästinensische Arbeitnehmer Beiträge in die israelische Rentenversicherung eingezahlt. Viele Arbeitnehmer oder ihre Hinterbliebenen haben Anspruch auf regelmäßige monatliche Leistungen, erhalten sie jedoch nicht. Die Renten werden derzeit von Amitim, einer von der Regierung beauftragten israelischen Organisation, verwaltet. Das System ist nach wie vor undurchsichtig und bleibt hinter den Erwartungen zurück. Die Auszahlung der rechtmäßigen Leistungen über die Grüne Linie hinweg sollte durch die Einbeziehung und Unterstützung der Begünstigten aktiv erleichtert werden. Rentenleistungen sind ein von ehemaligen Beitragszahlern erworbener Anspruch. Sie würden das Haushaltseinkommen im Westjordanland und in Gaza entscheidend unterstützen, zur Linderung der Armut beitragen und die Erholungsmaßnahmen finanziell stärken.
- 108. Den israelischen Arbeitsmarkt erneut für palästinensische Arbeitnehmer öffnen:** Seit Oktober 2023 sind palästinensische Arbeitnehmer vom israelischen Arbeitsmarkt weitgehend ausgeschlossen. Die Haushalte im Westjordanland müssen erhebliche Einkommensverluste hinnehmen. Viele zuvor in Israel tätige palästinensische Arbeitnehmer haben keine alternative Beschäftigung gefunden und Schulden angehäuft. In vielen Sektoren in Israel herrscht akuter Arbeitskräftemangel. Eine Öffnung der Grenzübergänge und die Beendigung der illegalen Praktiken der Vermittler von Genehmigungen kämen beiden Seiten zugute.
- 109. Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit im besetzten palästinensischen Gebiet aufheben:** Beschränkungen des Güter- und Personenverkehrs, ob in Gaza oder im Westjordanland, beeinträchtigen die Wirtschaftstätigkeit grundlegend. Der Zugang zu Märkten und Produktionsmitteln, insbesondere zu Grund und Boden und zu Wasser, ist für eine nachhaltige Ausweitung privater Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen unerlässlich.

► Anhang: Verzeichnis der Gesprächspartner

Palästinensische Behörde und andere öffentliche Institutionen

Arbeitsministerium

Enas Attari Dahadha, Ministerin
Rami Mehdawi, Beigeordneter Assistent, Internationale Zusammenarbeit
Abdel Kareem Mardawi, Generaldirektor, Externe Beschäftigung
Firas Abu Hammad, Generaldirektor, Arbeitsschutz
Walid ElBayed, Generaldirektor, Arbeitsbeziehungen
Dana Ismail, Beraterin der Ministerin

Außenministerium

Omar Awadallah, Botschafter, Multilaterale Angelegenheiten, Leiter der Abteilung für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen

Ministerium für Soziale Entwicklung

Samah Hamad, Ministerin
Taha Irani, Stellvertretender Minister
Manal Abu Ramadan, Generaldirektorin, Planung
Rana Riady, Beraterin der Ministerin

Frauenministerium

Mona AlKhalili, Ministerin
Shireen Abu ElRub, Direktorin, Internationale Beziehungen
Hanna Nakhleh, Sonderberater der Ministerin
Ismail Hammad, Berater der Ministerin

Bildungsministerium

Wissam Nakhleh, Generaldirektorin, Bauwesen – Westjordanland
Ziad Abu Mustafa, Mitglied des Ausschusses für Regierungsinterventionen, Bildungssektor – Gaza

Palästinensische Währungsbehörde

Yahya Shunnar, Gouverneur
Rafe Amraish, Leiter, Referat Reservemanagement

Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS)

Jawad AlSaleh, Vorsitzender, Statistikangelegenheiten
Mohammed Qalalwa, Generaldirektor, Abteilung Wirtschaftsstatistiken
Suha Kana'an, Direktorin, Abteilung Arbeitsstatistik
Ahmad Omar, Direktor, Abteilung Analysen und Prognosen

Palästinensischer Beschäftigungsfonds

Mohamad Abu Zeiter, Stellvertretender Vorsitzender – Gaza
Majd Ishtawi, Projektkoordinatorin – Westjordanland

Behörde für genossenschaftliche Arbeit

Banan Tantour, Amtierende Leiterin, Rechtsabteilung
Rabei Al Qassem, Amtierender Leiter, Abteilung Planung und Politik

Nationaldemokratische Versammlung

Nasser Al Kidwa, Präsident

Agentur für wirtschaftliche Stärkung (Tamkeen)

Ahmad Majdalani, Leiter, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO und Generalsekretär der Palästinensischen Volkskampffront

Palästinensische Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände**Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Nablus**

Shaher Sae'd, Generalsekretär
Mahmoud Hawasheen, Schatzmeister des PGFTU, Leiter der Allgemeinen Dienstleistungsgewerkschaft
Sameh Al Jabari, Leiter der Organisation des Gewerkschaftsbunds
Khaled Barakat, Leiter der Abteilung für Mindestlöhne
Abdel Hakim Shebani, Berater der Rechtsabteilung, Gewerkschaft in Jenin und Koordinator des Behindertenreferats im PGFTU

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund, Sektion Gaza

Bashir Alsisi, Mitglied des Generalsekretariats, Vorsitzender der Allgemeinen Gewerkschaft für allgemeine Dienstleistungen
Zaki Khalil, Mitglied des Generalsekretariats, Vorsitzender der Allgemeinen Gewerkschaft für die Textilindustrie
Tariq Al Hindi, Mitglied des Generalsekretariats, Vorsitzender der Gewerkschaft für die Landwirtschaft
Salameh Abu Zeiter, Mitglied des Generalsekretariats, Vorsitzender der Allgemeinen Gewerkschaft für Gesundheitsdienste
Wael Khalaf, Mitglied des Generalsekretariats, Stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst
Eatimad Abu Jalalh, Vorsitzende des Frauenausschusses, Gewerkschaft für die Textilindustrie, Leiterin des Gleichstellungsreferats

Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), Ramallah

Abdo Idrees, Vorstandsvorsitzender des FPCCIA, Präsident der Kammer von Hebron
Jamal Jawabreh, Generalsekretär

Kammer von Dschenin

Thoqan Abu Baker, Vorsitzender
Mustafa Saies, Stellvertretender Vorsitzender
Mohammad Kameel, Generaldirektor
Thaer Abahra, Sekretär
Mohammad Khamaysa, Schatzmeister

Kammer von Nablus

Samih Al Masri, Vorsitzender

Kammer von Jericho

Tayseer Al Hamidi, Vorsitzender

Kammer von Gaza

Ayed Abu Ramadan, Vorsitzender
Nabil Shurab, Mitglied des Vorstands
Faysal AlShawa, Mitglied des Vorstands
Maher AlTaba, Generaldirektor
Salah AlMaqadma, Schatzmeister
Hussam AlHweiti, Stellvertretender Schatzmeister
Riyad AlSawafiri, Stellvertretender Sekretär
Khalil Atallah, Direktor für Öffentlichkeitsarbeit

Kammer von Nord-Gaza

Bahaa Al Amawi, Sekretär

Kammer von Khan Younis

Khairi AlMasri, Vorsitzender

Kammer von Rafah

Fathi Qeshta, Vorsitzender
Abdallah Al Satari, Stellvertretender Vorsitzender

Kammer von Deir AlBalah

Mohammad AlTalbini, Vorsitzender

Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft und andere Akteure

Palästinensisches Forschungszentrum

Mohammad Shtayyeh, Vorsitzender, früherer Premierminister, Mitglied des Zentralkomitees der Fatah

Palästinensische Gesellschaft für medizinische Hilfe

Mustafa Barghouthi, Präsident der Palästinensischen Gesellschaft für medizinische Hilfe und Generalsekretär der Palästinensischen Nationalen Initiative

Unabhängige Kommission für Menschenrechte, Ramallah

Ammar Dwaik, Generaldirektor

Al-Mezan, Zentrum für Menschenrechte – Gaza

Sameer Zaqout, Stellvertretender Direktor

Al-Haq, Ramallah

Shawan Jabarin, Generaldirektor

Tahseen Elayyan, Programmdirektor

Murad Jadallah, Leiter der Abteilung Revision und Dokumentation

Palästinensisches Zentrum für Politik- und Meinungsforschung

Khalil Shikaki, Direktor

Palästinensisches NGO-Netzwerk

Amjad Al Shawa, Geschäftsführender Direktor

Mahmoud Hamada, Koordinator für Aktivitäten der Überzeugungsarbeit

Vereinigung der Internationalen Entwicklungsagenturen – Gaza

Tarneem Hammad, Stellvertretende Koordinatorin für humanitäre Angelegenheiten

Zentrum für Frauenfragen – Gaza

Amal Syam, Direktorin

Technologiezentrum UCAS, Gaza

Mohammed Mushtaha, Stellvertretender Vorsitzender für Außenbeziehungen

Al-Tawfeek, Fischereigenossenschaft – Gaza

Marwan Baker, Direktor

Vereinigung für landwirtschaftliche und ökologische Genossenschaftsentwicklung

Jihad Al-Kafarna, Vorsitzender

Allgemeine Gewerkschaft Palästinensischer Frauen

Intissar al Wazir, Präsidentin

Khawla AlAzraq, Mitglied des Generalsekretariats, Koordinatorin des Wirtschaftsausschusses

Dalal Salameh, Mitglied des Generalsekretariats

Forum der palästinensischen Geschäftsfrauen

Shireen Shilleh, Vorsitzende

Studienzentrum für Frauenfragen

Sama Aweidah, Direktorin

Zentrum für Demokratie und Arbeitnehmerrechte

Carine Metz Abu Hmeid, Koordinatorin für Projekte und Außenbeziehungen

Bund der genossenschaftlichen Spar- und Kreditverbände

Randa Abed Rabbo/Zein, Direktorin

Geschäftsleute

Geschäftsleute aus dem Westjordanland

Ayman El Hirbawi, Geschäftsinhaber, Hirbawi Internationale Handels-GmbH
Abdel Rahaman Abu Fkhedeh, Geschäftsinhaber, Luxusautounternehmen
Basem Abu Allan, Geschäftsinhaber, Ibn El-Nafees Optik GmbH
Mustafa Sayes, Geschäftsinhaber, Al Nakheel Bauunternehmen

Geschäftsleute aus Jenin

Riyad Thaher, Geschäftsinhaber, Al Thaher Kosmetikunternehmen
Firas Shafi, Geschäftsinhaber, Alsanafer Weltgruppe
Basheer Solieman, Geschäftsinhaber, Al Ajjawi Moderne Autohandels-GmbH
Bilal Jamal, Geschäftsinhaber, Al Jamal Gruppe
Wael Ebeid, Geschäftsinhaber, Uni Minder Allgemeine Handels-GmbH

Geschäftsleute aus Gaza

Hamed Haboush, Geschäftsinhaber, Reinigungsmaterialien
Madeen Abu Hameid, Geschäftsinhaber, Lebensmittelindustrie
Moein Abu Elkhair, Geschäftsinhaber, Tourismus
Salah Abu Haseira, Geschäftsinhaber, Tourismus

Arbeitnehmer¹

Arbeitnehmer aus dem Westjordanland

M. A., Beschäftigte in der Landwirtschaft
S. H., Beschäftigte in der Landwirtschaft
M. A., Bauarbeiter
A. T., Bauarbeiter
S. H., Bauarbeiter
I. A., Bauarbeiter
K. J., Bauarbeiter
T. S., Hausangestellte
S. F., Wäschereimitarbeiterin

Arbeiternehmer aus Gaza

M. N., Bauarbeiter
O. K., Klempner

¹ Die Mission erhielt die vollständigen Namen aller Frauen und Männer, mit denen sie zusammentraf, entschied sich jedoch dafür, nur die Initialen für diese Arbeitnehmergruppe in die Liste der Gesprächspartner aufzunehmen.

A. K., Beschäftigter für allgemeine Dienstleistungen
I. K., Modedesignerin und Näherin
M. T., Beschäftigte in der Aluminiumindustrie

Israelische Institutionen

Israelische Arbeitnehmerverbände

Histadrut – Allgemeiner Israelischer Gewerkschaftsbund

Peter Lerner, Generaldirektor, Ressort Internationale Beziehungen
Avital Shapira-Shabirow, Direktorin, Internationale Beziehungen

MAAN – Arbeitnehmerverband

Assaf Adiv, Exekutivdirektor
Roni Ben Efrat, Ressourcenmanagerin
Adv. Abeer Joubran, Rechtsanwältin in der Niederlassung Jerusalem
Erez Wagner, Sekretär der Niederlassung Jerusalem

Organisationen der israelischen Zivilgesellschaft und andere Akteure

KAV Laoved

Adv. Ohad Amar Ohad, Exekutivdirektor
Samar Baydoun, Direktorin, Abteilung Entwicklung und Evaluierung
Diana Baron, Leiterin, Abteilung Politik und Forschung
Aelad Cahana, Leiter, Rechtsabteilung

MachsomWatch – Frauen gegen die Besatzung und für Menschenrechte

Sylvia Piterman, Freiwillige

Gisha

Rebecca Metzger, Direktorin für internationale Beziehungen

Legal Aid for Palestinians

Kenneth Mann, Mitbegründer
Mor Soker, Mitbegründerin

Sonstige Einzelgespräche

Maayan Niezna, Dozentin, Fakultät für Recht und soziale Gerechtigkeit, Universität Liverpool

Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), besetztes palästinensisches Gebiet

Kimberley Lietz, Stellvertretende Amtsleiterin, ad interim
Rene Nijenhuis, Stellvertretender Leiter des Büros in Gaza

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Ben Majekodunmi, Leiter des UNRWA-Personals, Amman
Roland Friedrich, Direktor der UNRWA-Einsätze, Westjordanland
Sam Rose, Leitender Stellvertretender Direktor für UNRWA-Angelegenheiten, Gaza

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Hilfsprogramm für das palästinensische Volk

Ruba Aladham, Programmanalystin, Exploration Lab
Hala Othman, Programmanalystin, Gaza

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Artur Ayvazov, Leiter der Abteilung Sozialpolitik, Gaza
Levy Mandiwanzira, Spezialist für Sozialpolitik, Gaza
Hasna Abuewida, Programmbeauftragte, Gaza

Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)

Ajith Sunghay, Amtsleiter
Anna Maria Cesano, Leiterin des Evaluierungsreferats
Yu Kanosue, Leiterin des Unteramts für Gaza

Dienst der Vereinten Nationen für Minenräumung (UNMAS)

Luke David Irving, Leiter

Welternährungsprogramm (WFP)

Jane Waite, Leiterin des Programms
Riad Katkhoda, Leiter des Bereichs Sozialschutz

Weltbank

Stefan Emblad, Landesdirektor
Jack Randolph, Landesprogrammkoordinator
Sahr Najm, Leitende Spezialistin für soziale Entwicklung
Michele Zini, Leitender Volkswirt

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Tobias Roy, Ständiger Vertreter

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Karl Baker, Regionaler Krisenkoordinator

Besetzter syrischer Golan

Al-Marsad – Arabisches Menschenrechtszentrum auf den Golanhöhen

Nizar Ayoub, Direktor
Karama Abu Saleh, Rechtsanwalt

Vereinigung Al Maghariq

Taiseer Maray, Präsident

Sonstige Zusammenkünfte

Regierung der Arabischen Republik Syrien

Sozial- und Arbeitsministerium

Ibrahim Ibrahim, Stellvertretender Minister
Houdayfa Al Khattib, Berater des Ministers
Ali Haji Ali, Leiter, Öffentlichkeitsarbeit
Omar Mohamed, Direktor, Kommunikation

Industriekammer von Damaskus und Umland

Khaldoun Dadou, Geschäftsführer
Ayman Al Madany, Berater

Allgemeiner Verband der Gewerkschaften

Fawas Al Ahmad, Präsident

Liga der arabischen Staaten

Said Abu Ali, Beigeordneter Generalsekretär
Haider Tareq Al-Joubouri, Bevollmächtigter Minister, Direktor der Abteilung für palästinensische Angelegenheiten, Sektor Palästina und besetzte arabische Gebiete
Gehan Khaled Soltan, Direktorin der Abteilung für israelische Angelegenheiten
Moatassem Al Shawwa, Sektor Palästina und besetzte arabische Gebiete

Arabische Arbeitsorganisation

Fayez Al-Mutairi, Generaldirektor
Marwan Rais, Büro des Generaldirektors